

Ersteinst täglich außer Montags. Preis per Nummer 2 Pf. ...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ...

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. März 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Berlin, Wahlkreis: 2. Kreis 200.—, 3. Kreis Ueberschuf der Sammlungen für Delegation zum Parteitag 331,45. 4. Kreis ...

Kann Europa abriicken?

VII.

Wir haben nun unsere benachbarten friedlichen Freunde hinreichend kritisiert. Wie sieht es aber bei uns zu Hause aus?

Diese Soldatenschinderei ist das Gegenstück des Kamassendienstes und Paradebrills; beide breiten sich von jeher in der preussischen Armee aus, sobald diese eine Zeit lang Friedensarmee wird, und von den Preussen geht sie über auch zu den Sachsen, Bayern etc.

Ganz ausgestorben ist diese Schurkelei des Soldaten nie in der preussischen Armee. Aber sie war früher seltener, gelinder und stellenweis humoristischer. Seitdem aber einerseits dem Soldaten immer mehr und mehr Dinge beigebracht werden mußten, während man andererseits nicht daran dachte, den unnützen Plunder überlebter und sinnlos gewordenen taktischer Uebungen abzuschaffen, seitdem erhielt der Unteroffizier mehr und mehr stillschweigende Vollmacht, zu jeder ihm passend erscheinenden Ausbildungsmethode, und wurde andererseits zur Anwendung gewaltsamer Mittel indirekt gezwungen durch das Gebot, in beschränkter Zeit seiner Korporalschaft dies oder jenes genügend einzupauken.

(Engels weist hier auf die Folgen hin, zu denen in früheren Zeiten oft die Verzweiflung maltraitierter Soldaten geführt hat. Wir geben diese Ausführungen, so objektiv sie gehalten sind, deshalb nicht wieder, weil wir die gerichtliche Praxis kennen, die sehr oft aus der objektiven Mittheilung von Thatsachen zur Warnung die Absicht solche Thatsachen herbeizuführen, herauslas. Die Red.)

Die Berichte englischer Offiziere stimmten ein im Lob des ausnehmend guten Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Soldaten der 1891 in der Champagne manövrierenden französischen Armee. In dieser Armee wären Dinge, wie sie bei uns so oft aus den Kasernen in die Presse dringen, geradezu unmöglich.

Bei den Franzosen herrscht in der Armee der Geist und das Verhältnis zwischen Offizier, Unteroffizier und Soldat, das in Preußen 1813 bis 15 herrschte und unsere Soldaten zweimal nach Paris führte. Bei uns dagegen nähert das alles sich mehr und mehr dem Stand von 1806, wo der Soldat als kaum ein Mensch angesehen, geprügelt und geschunden wurde, und wo zwischen ihm und dem Offizier eine unüberwindbare Kluft lag — und dieser Zustand führte die Armee nach Jena und in die französische Gefangenschaft.

Es wird so viel geredet vom entscheidenden Werth der moralischen Faktoren im Krieg. Und was anders thut man im Frieden, als sie fast systematisch vernichten?

Fr. Engels.

Aus Spanien.

Granada, Ende Februar 1893.

„Wir leben in einem fortwährenden Panama und werden in einem ewigen leben!“ das ist der laute Gedanke oder das ausgesprochene Urtheil vieler denkender Spanier, welche sich mit Abscheu von allem Parteigetriebe abgewandt haben, sich aber noch nicht entschließen können, in dem Sozialismus das Mittelmittel gegen alle Schäden und Krankheiten unserer heutigen Gesellschaft zu erblicken. Und es ist auch nur allzu begreiflich, in einem Lande, in welchem das soziale Denken eine unbekante Sache ist, in welchem die volle Hingabe an das Allgemeinwohl als ein lächerlicher Idealismus gilt, in welchem die Herrschbegierde des einzelnen alle Tugenden unterdrückt, in welchem man auf Kosten der Gemeinde, der Provinzialverwaltung, des Staates stiehlt, was das Zeug nur halten will. Alphonse Daudet hat in seinem bekannten Ausspruch: „Afrika beginnt

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

34

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnjak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Außerhalb des Kreises, den das Feuer beleuchtete, war es jetzt fast dunkel. Die Wollen hingen schwer über dem Walde und nur wenige Sterne sandten ihre bleichen Strahlen durch die Oeffnung der hohen Bäume.

Alle saßen sie in dem rothen Feuerchein und blickten schweigend auf den dampfenden Kessel. Wassilij schürte das Feuer und rührte dann und wann die Suppe mit einem langen Pössel um. Als er sich umher bewegte, dehnte sich sein Schatten auf dem ebenen Boden bald unendlich aus, bald kroch er zu dem Stamm eines alten Baumes empor, oder verlor sich in den umliegenden Gebüsch, die von unten phantastisch beleuchtet wurden.

„Warum nicht zum Singen?“ sagte Mascha Duborow.

„Watajko, Wulitsch“, fuhr sie fort, „warum wollt ihr nicht einen Chorgefang für uns anstimmen?“

Man versuchte einige russische Lieder, doch ohne Erfolg. Watajko und Annie Wulitsch waren die einzigen Sänger und Wotscharow sang absichtlich falsch, um Pöffen zu treiben.

Wulitsch schonte sich jetzt noch und sang nur die zweite Stimme. Sie mußte, daß sie später noch allein werden mußte. Sie wollte sich jetzt noch zurückhalten, um dann aus voller Seele, mit ganzer Kraft ihre Stimme erschallen lassen zu können.

Das südliche Element war in der Gesellschaft stark vertreten und man verlangte deshalb bald ein echt ukrainisches Lied.

Annie Wulitsch willigte ein. „Was soll ich singen?“ fragte sie Andrej, der ihr am nächsten saß.

„Das, welches Sie am tiefsten empfinden,“ antwortete er ehrerbietig.

Annie Wulitsch nickte verständnißvoll. Sie nahm das Jaquet ab, damit es ihr nicht im Wege sei, und erhob sich, um sich etwas entfernt von der Gesellschaft zu stellen. Einen Moment stand sie gedankenvoll da; ihr Gesicht war ernst, fast streng; dann begann sie zu singen.

Die halbgeschlossenen Augen schweiften in die Ferne, sie schien von ihrem eigenen Gesang hingerissen zu sein. Doch fühlte sie, daß Andrej's Augen auf sie gerichtet waren, und er sie bewunderte. Dies regte und spornte sie an und gab ihrem Liede einen eigenthümlichen Reiz. Es war eine Erinnerung aus der Zeit, als die ukrainischen Kosaken im Südosten den Glaubenskrieg gegen die Muhamedaner führten, eine Ballade auf einen jungen Kosaken, der sein Heim und sein Lieb verließ und ins Land der Ungläubigen ging, um seine Kameraden, die in der türkischen Gefangenschaft schmachteten, aus den Ketten zu befreien.

Annie Wulitsch war keine Sängerin von Beruf, obgleich sie es hätte werden können. Sie hatte eine volle, kräftige Stimme. In den vier Wänden eines Wohnzimmers verlor sie sogar das Ohr durch zu große Stärke. Sie hätte viel geleistet, wenn sie eine gute Schule gehabt hätte. Aber keine Schule hätte sie die Volkslieder besser singen gelehrt, als sie es bereits that. Sie war dem Schooße des Volkes entsprossen, aus den weiten Steppen, aus denen diese tiefen und erschütternden Melodien hervorgegangen waren. Sie sang sie, wie nur der Eingeborene sie singen kann, und ihre Stimme war unter dem Himmelsgewölbe, in der Stille der Nacht, als sie eine Tonwelle nach der anderen der schlafenden Ebene zusandte, jaust und zart.

Man klatschte ihr weder Beifall, noch wurde sie durch ihr Publikum in lauter Weise ermutigt. Mascha klüsterte nur Wotscharow zu, daß sie Annie nie so schön hätte singen hören, wie heute. Wassilij blickte düster auf's Feuer, stützte die Wangen auf die Hand und nickte dann und wann mit dem Kopfe. Andrej war weiter gerückt, um besser zu hören und ganz allein zu sein.

Das Mädchen sah ihn nicht, fühlte aber, wo er war. Nachdem sie ihr Lied beendet hatte, wandte sie sich sofort an ihn, ihr Gesicht glühte in künstlerischer Erregung und dem Bewußtsein des Erfolges. Mit einem leichten Sprunge war sie an seiner Seite und warf sich auf's Gras, ohne ihm die Zeit zu lassen, ihr etwas unterzubringen. Sie sah reizend aus in der ukrainischen Tracht. Anstatt eines Niederstrug trug sie ein loses, weißes Hemd, welches am Halse offen und reich in blau und roth gestickt war. Ein breites schwarlachrothes Band war um ihre schlanke Taille geschlungen. Ihre langen braunen Flechten waren mit einem Band durchwunden, und einige Korallenschnüre hatte sie um ihren bloßen Hals geschlungen.

„Man würde gern gegen die Türken kämpfen,“ sagte

hinter den Pyrenäen" durchaus nicht Unrecht, wenn er unter Anarchie und ähnliche politische und soziale Begriffe versteht.

Die liberale Partei, welche gegenwärtig am Ruder ist, wirtschaftet durchaus nicht besser als die Regierung der Konservativen, welche sich unter dem Namen *Canosa de Castilla* ein bleibendes Andenken bewahren wird. Sagasta, der Führer der liberalen Regierung, ist nicht mächtig genug, um die Schurkerei, welche sich an den Ebrothal knüpft, aufzuheben zu lassen. Arbeiter, welche dem Staate ihre Kraft für einen Hungerlohn verkaufen, können ebenso wenig zu ihrem Gelde kommen, wie der Fall in Huelva, die Restaurationsarbeiten in dem Kloster Santa Maria de la Rabida, beweist.

Die Volksschullehrer, diese elenden Hungerkandidaten, bitten noch immer um die Erlaubnis, öffentlich und im Auftrage der Regierung Betteln zu gehen. Einem Schullehrer in Ganancia (Provinz Madrid), schuldete der Staat 4000 Mark, verauktioniert aber seine Besühnungen, ein östliches Erbe, weil er einige Monate in seinen Steuern rückständig ist. Die Kammern der Fingerringe, welche oft drei und mehr Kinder zu säugen haben, werden nicht bezahlt und drücken in Murcia mit einem Streif.

Die Krankenhäuser in Malaga und Granada erhalten seit langem keine Gelder mehr; der Kustaltgeistliche in dem Krankenhause der leigebenen Stadt soll nach der dortigen Presse um die Erlaubnis eingelommen sein, öffentlich Betteln gehen zu dürfen. Wege, welche längst projektiert oder angefangen worden sind, werden nicht ausgeführt oder kommen nicht weiter, trotzdem sie jährlich kolossale Summen verschlingen, so z. B. eine Chaussee von Torca (Provinz Granada), Eisenbahnstation, nach Montefrio, einer Stadt von 10 000 Einwohnern. Nur ein elender Saumpfad verbindet diese Stadt mit der übrigen Welt. Bei den Wegebauten in Malaga sollen ebenso die größten Betrügereien und Schurkereien vorgekommen sein, wie vor einiger Zeit der „Imparcial“, ein angesehenes liberales Blatt, veröffentlichte. Eine Elektrizitätsgesellschaft, welche die Beleuchtung von Madrid besorgt, ist auch nach Versicherungen einer konservativen Zeitung „El Dia“ (Der Tag) die Beschädigerin von Schurken und Dieben; unter den Bestechungsgeldern u. s. w. figurieren Summen von 10 000—30 000 Peseta (1 Pes. = 80 Pf.).

Wie der „Vorwärts“ schon verschiedentlich berichtet hat, steht Spanien jetzt unter dem Zeichen der allgemeinen Wahle für die Kammer (Cortes). Was da nun alles von der liberalen Regierung an Wahlbeeinflussungen und Bestechungen geleistet wird, scheint einem Deutschen unmöglich, trotzdem er auch in Deutschland an solche Dinge gewöhnt ist. Man sieht Bürgermeister ab, weil man von ihnen erwartet, daß sie nicht mit dem gedrückten Hochdruck für einen liberalen Kandidaten arbeiten werden. So ist es vorgekommen in Motril, Vall und anderen Städten. Die neuen Bürgermeister entlassen dann die Stadtbeamten, häufig die zum unschuldigsten Nachwächter herab, indem sie ihre eigenen oder die Kritaturen ihrer Freunde an deren Stelle setzen. So ging es in Motril; die abgesetzten Beamten wollten das Ungerechte ihrer Entlassung nicht anerkennen und begaben sich in ihre betreffenden Bureaus, wofür sie aber von Polizisten, mit Flinten bewaffnet, empfangen wurden. Hätten sie sich nicht zurückgezogen, so würde ein grausiges Blutbad die unvermeidliche Folge gewesen sein. Und was geschieht? — Nichts! Das Volk von Motril ist in großer Aufregung und wird in seiner Majorität gegen den ministeriellen Kandidaten stimmen, der trotzdem aus der Wahlurne als gewählt hervorgeht.

Die schurkenhaft Beamte zuweilen sind, davon ein Beispiel, welches ich selbst erlebt habe. Vor einigen Tagen kommt der Bürgermeister eines kleinen Orts zu einem Bürger und bittet um ein Empfehlungsschreiben an den Führer der hiesigen Konservativen. Auf die Frage, was er damit wolle, giebt er die Antwort, es solle ihm für die bevorstehenden Wahlen dienen. — Er wußte also noch nicht, daß die Konservativen nicht mehr am Ruder seien. Auf eine diesbezügliche Bemerkung meines Bekannten erwiderte der Schuft, dann möchte er um ein Empfehlungsschreiben an den liberalen Kandidaten bitten. Jener gab ihm aber zur Antwort, daß er es nicht thue, er möge sich nur ohne weiteres dem Kandidaten zur Verfügung stellen und könne eines einträglichen Geschäftes sicher sein. — Freudenstrahlend jog der Bürgermeister seine Straße, um durch sein Zutun Spanien, sein Vaterland, zu beglücken. So geschah in Granada, im Jahre des Herrn 1898. (Kommt auch in Deutschland vor. R. d. B.)

Die Monarchie lebt nur weiter, weil keine Oppositionspartei vorhanden ist, welche den Sumpf der Bourbonen-Regierung trocken legen könnte. Die Regierung läßt jedem die Freiheit, zu reden und zu schreiben, wie es ihm gerade einfällt, so lange er nur einen guten Rod anhat und nicht ernst zu nehmen ist. Man muß sich wundern über die Fälle von Majestätsbeleidigungen, Gotteslästerungen und ähnlicher nach deutschem Strafgesetzbuch schwerer Verbrechen, welche in den Cafés oder an anderen öffentlichen Orten begangen werden, häufig unter den Augen der Polizisten, welche manchmal mit den elenden Zivilisten besonders in Gotteslästerungen weiters. Dagegen muß einer, welcher die Wurzeln der sozialen Krankheiten auszuroden sucht, sich vor dem Strafgesetzbuch auf das sorgfältigste in Acht nehmen.

So kann ein Salonrepublikaner in einer öffentlichen Volksversammlung sagen: „Was ist der König von Spanien? — Rumpst, Dumbst!“ wie es vor einigen Tagen in Granada geschah, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird; während ein hungernder Arbeiter, der mit mächtigen Worten seine Interessen verteidigt, auf Monate ins Gefängnis wandert. Die Revolutionäre müssen nur salonfähig sein, häßlich in schwarzem

Gesellschaftsanzuge, Hystler auf dem gedankenschweren Haupte, Maulbeiden in den Cafés oder in öffentlichen Versammlungen — und kein spanischer Ministerpräsident nimmt sie ernst, geschweige denn ein Staatsanwalt. Dagegen ein nicht salonfähiger Arbeiter — und er pflegt selten salonfähig zu sein — der gewillt ist, seine Interessen bis auf das Äußerste zu verteidigen, ist mit dem „Der Staat ist in Gefahr“ gezeichnet und hat geeignetenfalls die daran sich knüpfenden Konsequenzen zu ertragen.

In vielen Wahlkreisen Spaniens hat die sozialdemokratische Partei eigene Kandidaten aufgestellt, so in Madrid, Bilbao, Barcelona, Linares, Malaga, Palma de Mallorca u. s. w. Es ist aber wenig Hoffnung vorhanden, daß sie irgendwo siegreich sein werden. Neben den abscheulichen Wahlschönungen, welche überall vorkommen werden, tragen die Arbeiter auch viele Schuld an sich selbst. Die Indolenz und Indifferenz der Arbeiter trotz ihrer elenden Lage, der Mangel an Klassenbewußtsein, die soziale Unreife, die grenzenlose Unwissenheit, die politische Charakterlosigkeit, der religiöse Fanatismus bilden Hindernisse, welche die edelst denkenden, sich aufopfernden, Gut und Recht einsetzenden, überzeugten Sozialdemokraten bisher nicht überwinden können. Man muß es sehen, wie die Arbeiter für die grausamen Stiergefächte Geld haben, während es ihnen im Hause am Nächsten fehlt, man muß es sehen, welche Schamlosigkeit die Frau einnimmt und ihre ganze Hoffnung auf den Schwindel der Pfaffen baut, man muß es sehen, wie die Leute sich in den Weinreben die Messer in die Brust stoßen ohne den geringsten Anlaß, man muß es sehen, wie die Hobbelt in den Karnevaltagen mitheut, um begreifen zu können, daß die Arbeit des Sozialismus fast unmöglich erscheint. Was darf man von der sittlichen Reife eines Volkes halten, wenn in Granada, einer Stadt von 80 000 Einwohnern, in einer einzigen Nacht 13 — sage dreizehn — Schwerverwundete auf der Straße aufgefunden werden, von denen bereits 8 gestorben sind, wenn in einer Nacht über 30 Verhaftungen infolge des Karnevalsfestes vorgenommen werden müssen, wenn die schmutzigsten Bücher und Bilder in Massen öffentlich verbrannt werden, wenn auf etwa 100 Personen der Bevölkerung ein Priester kommt? Was ist mit einem solchen Volke zu machen, in welchem die Korruption der regierenden Kreise und Beamten in Blüte steht, in welchem die finanzielle Noth einen epidemischen Charakter trägt, in welchem keine Partei im Lande ist, der Lage Herr zu werden, in welchem die breiten Schichten der Bevölkerung in blödsinnigster Unwissenheit und vandalischer Barbarei dahingleben? Wo finden sich die Retter, die das Volk erziehen können? — Es wird nicht lange dauern, und der finanzielle Zusammenbruch eines einst glänzenden Landes ist da und ein Chaos wird alles durcheinander werfen. Nur dem mächtigen Drucke vonseiten des Auslandes wird es gelingen, auch hier gesunde Zustände zu schaffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März.

Aus dem Reichstag. Die zweite Lesung des Marine-Etats vollzog sich heute ohne nennenswerthe Debatte.

Das Haus trat ausnahmslos den Beschlüssen seiner Kommission bei, welche vorschlägt, eine Reihe erster Raten für den Bau größerer Schiffe abzulehnen. Zwar versuchte der Reichskanzler selbst diese Positionen zu retten, indem er auf die Wichtigkeit großer Kreuzer im Kriegsfalle für den Schutz unserer Handelsmarine hinwies, aber mit Ausnahme der Landräthe von der Rechten verblieb das Haus bei seiner ablehnenden Haltung. Abgelehnt wurde auch die erste Rate für den Bau von zwei großen Trockendock in Kiel. Die Herstellung dieser Docks ist innerhalb 6 Jahren geplant und die Gesamtkosten summe auf 17 Millionen Mark veranschlagt. Nach Erledigung des Marine-Etats führte der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, einen früher gefaßten Beschluß, wonach ein gegen den Abgeordneten Freiherrn von Münch schwebendes Strafverfahren eingestellt werden soll, für erledigt zu erachten, zu einer längeren Auseinandersetzung. Es hat sich nämlich ergeben, daß das gegen v. Münch eingeleitete Verfahren bereits zu einer rechtskräftig gewordenen Verurteilung geführt hat, und dem Strafvollzug glaubt die Majorität des Reichstags nicht hindernd in den Weg treten zu sollen. Früher war der Reichstag allerdings vorübergehend auch schon anderer Meinung gewesen. Als nämlich im Jahre 1874 der damalige Redakteur der „Germania“ während der Tagung des Reichstags plötzlich verhaftet wurde — Bismarck hätte den schneidigen Majunke auf den Tod und ruhte nicht — eher bis er denselben in Rügensee mußte da überkam der Reichstag in der ersten Aufregung ein Gefühl der Scham und Entstellung und es fand ein Antrag Hoyerstedt Annahme, der das Privilegium des Hauses energisch in Schutz nahm. Diese edlere Regung hat allerdings auch damals nur zwei Tage angehalten, dann gaben sich die nationalliberalen Mannesleuten — tapfer wie immer — zurück, der Antrag Hoyerstedt fiel, und —

Majunke mußte seine Strafe in Rügensee weiter verbüßen. Seitdem ist die Achtung vor den Privilegien des Reichstags bei den Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien bereits so weit auf den Hund gekommen, daß heute im Falle von Münch, der ganz ähnlich wie der Fall Majunke gelagert ist, nur mehr die Sozialdemokraten für die Wahrung des Privilegiums eintreten. Der Abg. Stadthagen that dies in energischer und geschickter Weise. Nebel unterstützte ihn dabei. Der freisinnige Horwiz als Referent und — Aldermann führten aber das Haus zu einem Beschlusse, für den eine geringe Majorität zu gewinnen 1874 der Reichskanzler Bismarck seine ganze Autorität einsetzen mußte. Was damals nur äußerster Zwang vermochte, wird heute freiwillig apportirt. Wahrlich, die Zeiten haben sich geändert! —

Der Unfall des Deutschfreisinn. Die 173 „vierten Bataillone“, welche Dünz und seine Freunde bewilligen wollen, bedeuten eine Verstärkung des Heeres um 33 315 Mann; sie würden nach den Berechnungen der Regierung 20 Millionen Mark kosten. — Ridert, der Großregimentarier der Wabelsträmpfe, dessen nationalliberal-sezessionistisches Herz gar gerne für die Regierung klopft, ist jetzt, da der Ahlwardt die Geldjuden schreckt, für ein Kompromiß jederzeit zu haben. Wer den Schutz des beschnittenen Kapitals zu seinem Hauptberuf erkauft hat, wie Herr Ridert, weiß, daß es wichtiger ist, mit dem Stöcker über die muffigen Talmud-Schatteln zu streiten und mit theologischen Schnurpfeisereien seine Zeit totzuschlagen, als die Auspöderung der Massen zu verhindern. So hat er denn in einer Versammlung in Herzberg, in dem Wahlkreis Wittenberg-Schweidnitz, in einem Vortrag über Tagesfragen, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung schließlich doch zu einer Verständigung in der Militärvorlage die Hand bieten werde. Es ist gut, daß die Wähler allerorten erfahren, was Weißes Kund dieser volksverwäsenden, verrätherische Deutschfreisinn ist. —

Der Septennatdrummel in neuer Auflage. Unter'm neuen Kurs wird die Agitation für die Regierungsvorlagen gerade so betrieben wie unter Bismarck. Hurrah-Patrioten, kommandierte Jagader und Kopsrunder, Streiber und Byzantiner demonstrieren in „Versammlungen“ zu gunsten der Militärvorlage in Cassel, in Schleswig, in Spandau u. s. w., lassen als „Bürger verschiedener Parteien“ Resolutionen und werden durch den offiziellen Telegraphen-Wolff aller Welt als leuchtendes Muster vorgeführt. Die Steuerzahler kriechen aber nicht auf diesen Beim. —

Ein Ausnahmerecht für die Kriegervereine konstruiert die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Diese hurrah-patriotischen Organisationen sind nach den wunderbaren Erörterungen des offiziellen Blattes „politische Vereine, wie z. B. der Militärvorlage beschäftigen. Diesen Anzählereien des Bindter gegenüber ist einfach festzustellen, daß jeder Verein, der sich mit politischen Dingen befaßt, politisch ist. Mitgefassen, mitgehungen! Aber da die Kriegervereine nur die Wünsche und Forderungen der Regierung lärmend gutheißen und fördern und als Sozialistenböter auftreten, so wird keine Polizeibehörde und kein Staatsanwalt ihnen das Handwerk legen, mögen sie einzeln oder zentralisiert ihre reaktionären Hergentänchen aufführen. So gehört es sich im „modernen Rechtsstaat“. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann heute die dritte Berathung des Etats. Die Generaldebatte wurde vom Abg. v. Minnigerode eröffnet, der als Zeichen unserer gegenwärtigen Finanzlage ein Defizit von 58 Millionen und eine Anleihe hervorhob. Dann begannen seine agrarischen Klagen und sein Angriff gegen den russischen Handelsvertrag. Die agrarischen Debatten wurden auch fortgesetzt bei den Einzelrats der Domänen, der Finanz- und Handelsministerien; nur der Etat des auswärtigen Ministeriums brachte zur Abwechslung etwas Doppelwährungsrederei. —

Reichstags- Stichwahl im Wahlkreise Siegnitz-Goldberg-Dannau. Das amtliche Wahlergebnis liegt jetzt vor. Abgegeben wurden insgesammt 21 489 Stimmen. Davon entfielen auf den Rentner August Jungfer zu Siegnitz (deutschfreisinnig) 12 936 und auf den Rechtsanwalt Dertwig zu Charlottenburg (Antisemit) 8558 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Es wurden 2090 Stimmen weniger abgegeben, als am 30. Februar. Die Stimmenzahl des Antisemiten vermehrte sich außer um die Stimmen der Konservativen nur um 604, die des freisinnigen Kandidaten um 2269. Es erscheint hiernach als sicher anzunehmen, daß von den Sozialdemo-

Andrej, „nur um nachher so besungen zu werden, wie sie es heute thaten.“

„Gefiel Ihnen mein Gesang? Das freut mich. Ich sang ja für Sie.“ „Nicht für Sie,“ antwortete Andrej, „sondern für die Ketten unserer Freunde brechen werden, wie es mein Kosack gethan hat.“

„Es wird nicht minder Ihr Verdienst sein, Annie,“ antwortete Andrej, „Sie haben einen ebenso großen Antheil daran, als ich.“

„Nein, wir Mädchen nehmen an Kosackenthaten und Kosackentum keinen Antheil,“ sagte sie in bedauerndem Tone. „Wir können nur Euerer Kasse halten und Euch Schwert und Bißche bringen. Wir murren aber nicht; wir freuen uns wenigstens das thun zu können,“ sagte sie munter.

Unter dem Einflusse eines inneren Feuers strahlten ihre Augen einen höheren Glanz aus, und ihre Wangen glühten in dem Uebermaß des Lebens und der Freude. Gewöhnlich still, war sie heute ganz Fröhlichkeit und belebte jedermann durch ihr munteres, übermüthiges Wesen.

Das Abendessen war sehr fröhlich und sehr schlecht, denn Wassilij, der sehr achtbar war, wenn keine Nothwendigkeit vorlag, hatte gerade im kritischen Momente umzurühren vergessen und die Suppe anbrennen lassen. Wulitsch machte den Vorschlag, um das Feuer zu springen, wie es die Bauerbuben und Burschen im Witsommer-nächten thun. Sie sprang selbst mit Andrej, Watajko und wiederum mit Andrej herum. Dann sang sie „Der Mond“, ein Ukrainisches Liebeslied, mit einem solchen Schmelz und einer solchen Melancholie, daß Wassilij nahe daran war, in Thränen auszubrechen. Als er sie bat, es nochmals zu singen, stimmte sie das lustigste Lied

an, das sie kannte, voll echten, frischen, ukrainischen Humors, der sich zu der leidenschaftlichen, angefüllten Fröhlichkeit der Wogzrussen verhielt, wie der Gesang der Berche, die im Noegenhimmel schwebt, zu dem Schrei der Seemöwe, die mit dem Sturm spielt.

Sie ergötzte sich an ihrer Macht, die Gefühle und Gemüthsbewegungen anderer nach Belieben zu beherrschen. Sie freute sich, als sie Wassilij's Gesicht plötzlich erglänzte, seine Hände eine Bewegung machen sah, als ob er etwas zu Boden werfen wolle, und seine schweren Schultern sich hoben, gleichsam als wolle er auf die Beine springen und tanzen.

Ihr eigenes Herz nahm aber keinen Antheil an der Fröhlichkeit, welche sie in den Herzen der anderen entfachte. Es wurde trauriger und trauriger je weiter sie mit dem fröhlichen Liede kam. Schließlich ging ihr die Kraft aus; ein aufsteigendes Schluchzen schmürte ihr die Kehle zusammen und erstichte den letzten fröhlichen Ton. Sie mußte sich zusammennehmen, um die Thränen zurückzuhalten.

Sie setzte sich in einiger Entfernung allein nieder, und nichts konnte sie bewegen, wieder zu singen. Sie sprach den Rest des Abends kaum; ihr einziger Wunsch war jetzt, daß die Gesellschaft aufbrechen möge und sie allein sein könnte.

Von allen Anwesenden war Andrej der einzige, dem das Abbrechen des Gesanges etwas, wenn nicht gar alles sagte. Er war auf diese Offenbarung gewissermaßen vorbereitet. Das Mädchen hatte es nicht verstanden, das Geheimniß, welches ihr Herz verengte, verborgen zu halten.

Er konnte nicht länger zweifeln. Sie liebte ihn. Und er — was konnte er als Ersatz für diesen größten Schatz einer Frauenseele geben? Dankbarkeit und Freundschaft, womit sie nichts anzufangen wissen wird.

Er versuchte sich selbst zu sagen, daß er über diese Entdeckung betrübt war. Er wußte aber, daß dem nicht so sei. Es giebt Leute von tiefem Jatzgefühl, bei denen eine unglückliche Liebe eine besondere Güte und Bärtlichkeit für Frauen hervorruft. Andrej gehörte nicht zu diesen. In seiner Liebe zu Tanja getäuscht, wollte er sich an den Frauen rächen. Seine erste Empfindung war jetzt die grausamer Befriedigung. Die seinem Mannestolz widerfahrte Demüthigung war weggeschwift. Der Gedanke, daß ihn dies nicht im geringsten glücklicher machte, kam erst später. Jetzt fühlte er sich stolz und erhaben.

Sie mußten zusammen nach der Stadt gehen. In den Thoren trennte sich die Gesellschaft. Andrej und Wassilij wollten das Mädchen nach Hause begleiten. Sie lehnte es aber energisch ab; sie bedürfte keines Geleits und könne den Weg auch allein finden. Als Andrej darauf bestehen wollte, wurde sie ärgerlich.

Andrej und Wassilij gingen in ihr Wirthshaus. Hier erwartete sie eine Ueberraschung; auf dem Tische der Vorkasse lag ein an Andrej gerichteter Brief. Der dienstthuende Kellner schloß auf der Bank. Sie wendte ihn auf und erfuhr, daß der Bauersbursche vom Bureau, nach dem Andrej angeblich täglich ging, dagesewesen sei und diese Post-schaft hinterlassen habe. Es war eine offene Notiz, welche rauh und unorthographisch hingekritzelt war, und Andrej austatt um elf um zehn auf's Bureau berief.

Die Postschaff konnte nur von Sina herühren und bedeutete, daß etwas vorgefallen sei. Ohne drängende Nothwendigkeit hätte Sina den regelmäßigen Gang nicht unterbrochen.

(Fortsetzung folgt.)

kraten eine Hälfte sich der Wahl enthalten, während die andere dem freisinnigen Kandidaten ihre Stimme gegeben. —

Zwei amtliche Aktienstücke hat jener neckische Zufall, welcher den Redaktionen sozialdemokratischer Zeitungen zum Merger hoher Behörden etc. stets so günstig ist, dem Hamburger „Echo“ in die Hände gespielt. Sie lauten:

An die
Polizeibehörde
zu Hamburg.
Zur Arbeit hat sich gemeldet aus
geboren am 18..... wohnhaft
Die verehrliche Polizeibehörde wird ergeblich um gefl.
Benachrichtigung hierunter ersucht, ob Wohl derselben etwas
Nachtheiliges über den Genannten bekannt geworden ist.
Hamburg, den 1893.

(Zwei Buchstaben.)
An die
Kai-Verwaltung
hier
mit dem Erwidern jurist., daß der unterzeichneten Polizei-
behörde über die Führung des am 18..... zu
geborenen während seines hiesigen Aufenthalts
(abgesehen von dem Unbefehdigen) Nachtheiliges, insbe-
sondere auch in politischer Beziehung, nicht
bekannt geworden ist.
Hamburg, den 1893.

Die Polizeibehörde.
Sekretariat.

Diese beiden Schriftstücke sprechen für sich allein und wir glauben nicht nötig zu haben, ihren Zweck unseren Lesern auseinanderzusetzen. Die Kai-Verwaltung will in ihrem Betrieb Sozialdemokraten nicht haben, auch keine Leute, die auf gesellschaftlichem Gebiete irgendwie hervorgetreten sind. Deshalb wendet sie sich vertrauensvoll an die Polizei und in freundschaftlicher Weise gibt diese Auskunft. So wird es in der „Republik“ Hamburg gehalten, also dem Vernehmen nach verfassungsgemäß Gewissensfreiheit auf religiösem Gebiete garantiert ist und man voraussehen mußte, daß dies auch auf politischem Gebiete der Fall sei. — Wir hoffen, daß uns bald der Zufall ein ausgefülltes Formular der oben wiedergegebenen Art in die Hände spielen wird und wir werden dann ja sehen, wie eine hoch-
lobliche Polizei über die „Untertanen“ Auskunft giebt. Jedenfalls echt republikanisch! —

Zur Sanitätskonferenz in Dresden schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Die Eröffnung der demnächst in Dresden zusammen-
tretenden internationalen Sanitätskonferenz wird am 11. d. M.
stattfinden. Die Initiative zu der Konferenz ging von der
österreichisch-ungarischen Regierung aus, die zunächst mit Deutsch-
land und dann mit anderen europäischen Staaten wegen der
Beschickung der Konferenz und des Programms für dieselbe in
Verhandlungen trat. Dem Wunsche der österreichisch-ungari-
schen Regierung, daß die Konferenz auf deutschem Boden ab-
gehalten werden möchte, wurde deutscherseits zugestimmt, und
es sind demzufolge die formellen Einladungen zu der Konferenz
von der deutschen Regierung erlassen worden. Auf der Kon-
ferenz wird beabsichtigt, im Hinblick auf die schweren Schädi-
gungen, welche das gefahrte wirtschaftliche Leben nicht nur
in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern durch die in
einzelnen Staaten anlässlich der vorjährigen Cholera-Epidemie
erlangenen weitgehenden und verschiedenartigen Verkehrs-
beschränkungen erlitten hat, für die Zukunft bestimmte
Grenzen zu vereinbaren, über welche bei den zur Abwehr
der Cholera zu ergreifenden Maßnahmen allerseits nicht hinaus-
zugehen wäre.“

Der preussische Staatshaushalt ist nach den Be-
schlüssen in der zweiten Beratung des Abgeordneten-
hauses für das Jahr vom 1. April 1893/94 in Einnahme
und Ausgabe auf 1 893 254 760 M. festgesetzt. Davon ent-
fallen 1 844 108 255 M. auf die fortwährenden und
49 151 505 M. auf die einmaligen und außerordentlichen
Ausgaben. Zur Ergänzung der Einnahmen ist eine An-
leihe in Höhe von 57 800 000 M. nötig.

Fabrikinspektion in Preußen. Wie die Ham-
burger Nachrichten melden, werden vom 1. April d. J. ab
in folgenden Regierungsbezirken neue Gewerbe-Aufsichts-
bezirke zur Durchführung kommen: in Frankfurt a. O. 4,
Breslau 4, Bismarck 3, Oppeln 3, Magdeburg 4, Merse-
burg 4, Erfurt 2 und Schleswig 4 Aufsichtsbezirke. Aber
die Beamten sind durchgängig sozialpolitisch nicht
oder ungenügend geschult, stehen als frühere Techniker etc.
in zu enger Beziehung mit der Unternehmerschaft, deren
Auffassung sie nur zu oft theilen, und sind mit der
Kesselerrektion belastet, die zu einer erfolgreichen
Gewerbeaufsicht paßt wie die Faust aufs Auge. —

Aus dem Reiche Gotha. Herr Streng, früher
eifriger liberaler Politiker, jetzt gothaischer Staatsminister,
hat, wie wir längst meldden, gegen den Redakteur Vos-
hart eine Klage angestrengt, weil dieser unerhörte Miß-
stände im Gefängnis von Jchtershausen — auch wir
haben darüber berichtet — aufgedeckt hat. Jetzt ist eine
zweite Reihe von Enthüllungen erfolgt. Es wird
zunächst festgestellt, daß im Widerspruch mit der Haus-
ordnung der Anstalt geprägt wird, und daß dabei
die Opfer gothaischer „Erziehung“ auf eine Bank
geschickt werden, weil man natürlich kein Kind dazu
bringen kann, während der Mißhandlungen freiwillig still
zu halten. Sodann wird ausgeführt, in welcher Art die
„Hausordnung“ die Anwendung und Vollstreckung von
Disziplinarstrafen vorschreibt. Es ist dabei vorgesehen, daß
bei Strafen, die ohne Erholungsstunden gesundheitschädlich
wirken müssen, mehrtägige Pausen gemacht werden. Die
Anstaltsleitung hat nun diese Pausen in ebenso sinnreicher
wie humaner Weise dadurch zu „verbessern“ gemüht,
daß sie diese durch andere, ebenfalls schwere Diszi-
plinarstrafen ausfüllte und so in einzelnen Fällen
geradezu barbarisch verfuhr. So erhielt im Widerspruch
mit der Hausordnung ein Gefangener Wedel ohne Unter-
brechung hintereinander 4 Tage Dunkelarrest, 2 Tage schmale
Rost und 2 Nächte hartes Lager. Ein anderer, Namens
Gilenstein, erhielt 8 Tage Dunkelarrest, dazwischen
6 Tage schmale Rost und 6 Nächte hartes Lager, also ohne
Unterbrechung 20 Tage hintereinander schwerste Disziplinar-
strafen. Noch schlechter erging es einem gewissen Parr,
der ebenfalls 20 Tage hintereinander schwere Strafen er-
hielt, die er obendrein in Ketten verbüßen mußte, und
zwar die Hände Tag und Nacht fest gefesselt. Der Ge-
fangene Engelhardt hatte 26 Tage die schwersten
Strafen durchzumachen und dieselben Strafen verbüßen
Tag und Nacht in Ketten Tag und Nacht.
Die Anlegung von Ketten soll nach der Hausordnung nur

zur Brechung thätlichen Widerstandes, bei Fluchtversuchen,
Zerschlagungswuth u. s. w., angewendet werden. Daß in
den erwähnten Fällen die Anlegung der Ketten nicht be-
rechtigt war, zeigt Redakteur Voshart ganz genau
an dem Verfahren gegen den oben erwähnten Radigast.
Es heißt da: „Die frisch eingelieferten Gefangenen werden
zur Dressur einem Aufseher anvertraut, der als ehemaliger
Lambourmajor den Kommissknopf nicht los werden kann.
Dieser macht einen Sport daraus, seine „Pflegebefohlenen“
beim Spaziergang recht schöne, militärisch gleichmäßige Ab-
stände halten zu lassen. Dabei erhebt sich sehr häufig ein
Gebrüll, das mehrere hundert Schritte weit deutlich ver-
nehmbar ist. So war es auch mit Radigast, der sich unge-
lehrig, aber nicht widerspenstig zeigte und sich zu ent-
schuldigen versuchte. Der Aufseher, der gar keine Straf-
befugnis hat, dem im Gegentheil die Hausordnung die
Strafbefugnis abspricht, schickte aber den Radigast sofort in
seine Zelle und als er nicht sogleich ging, wurde Gewalt
gegen ihn angewendet und obendrein noch die oben er-
wähnte grausame Strafe gegen ihn durchgeführt. Herr Vos-
hart sah den Unglücklichen beim Beginn seiner Strafszeit.
Er war ein Bild frohender Gesundheit und
Kraft; einige Wochen genügte, ihn zu
einem Skelett umzuwandeln, das sich und die
schweren Ketten kaum fortzuschleppen konnte.“ Was aus ihm
geworden, weiß Herr Voshart nicht, das aber weiß er, daß
manchmal die Kettenlast getragen werden mußte, bis das
rohe Fleisch zu Tage trat und daß auch dann nur die An-
legung von Binden, aber nicht die Abnahme der Ketten
verfügt wurde. Weitere Enthüllungen will B. folgen
lassen. Herr Streng hat sich bereit, die Mißstände zu be-
seitigen? O nein, gegen jene Beamten, die möglicher-
weise verdächtig erscheinen, Herrn Voshart Material zu
seinen Veröffentlichungen geliefert zu haben, die Disziplinar-
untersuchung einzuleiten! Ist kein Tempel der
dieser haarschnäurigen Thaten ein literarisches Denkmal
gesetzt? Oder wird die rechte Hand des Memoiren schreiben-
den Herzogs Ernst, der Jenerer Geschichtsklitterer
Vorenz, Herrn Streng nicht geschicklich verklären?
Verdient hat er's gemächlich. Uebrigens sind die Staats-
weisen Gotha's, des liberalen „Musterländchens“ Mittel-
deutschlands, nur folgerichtig in ihrer Erhaltung der
so bedeutsamen Tradition. Wenn 1893 jugendliche
Gefangene geprägt, über die Bank gelegt und mit Ketten
beschwert werden, so ist Gotha auch derjenige deutsche
Staat, der zuletzt aus seinem Kriminalverfahren die
schmachwürdige Folter entfernt hat. —

In Serbien sind Bauern-Unruhen aus-
gebrochen. Ob „Väterchen“ dahintersteht, ist noch nicht
sicher. Allerdings sind die Bauern mit dem russischen
Verdangewehr bewaffnet. Jedenfalls ist in Serbien dank
dem sozialen Druck, der auf der Bauernschaft lastet, Jän-
dstoff genug vorhanden. —

Bulgarien. Die Wahlen zur großen
Sobranje, welche über die Verfassungsänderung Be-
schluß fassen soll, sind auf den 30. April festgesetzt. —

Das Gesamtergebnis der spanischen Wahlen ist
— in runder Summe — bei 43! Mitgliedern: 50 bis 60
Republikaner, 60 Konservativer, 16 Carlisten (Legitimisten),
9 sog. Autonomisten aus Cuba (die für die Selbstregierung
der „Antillenperle“ sind — etwa nach Art der irischen
Domenale), und der Rest — nahezu 800 — Ministerielle.
Das Ministerium hat in Spanien — ähnlich wie in
Italien — stets eine große Majorität. Sozialisten
scheinen nicht gewählt zu sein. Wie spanische Wahlen ge-
macht werden, ersieht der Leser aus unserem heutigen Briefe
aus Spanien. —

Frankreich. Herr Andrieux und sein Spiegel-
Gefelle Constant setzen all ihre Hoffnung auf die bevorstehen-
den Wahlen. Während dieser sich vorsichtig im Hinter-
grund hält, zieht jener mit der Reklametrommel durch's
Land, hält Agitationsreden und droht mit einer ganzen
Pandora'sche von Panama-Enthüllungen. Es nimmt ihn
aber niemand mehr ernst und, da er selber mindestens eben-
soviel Schmutz am Stecken hat, wie einer der von ihm An-
geklagten, so wird er mit seinen Drohungen nur ausge-
lacht.

Inzwischen stärkt sich die Bewegung zu Gunsten der
Verfassungsrevision. Und wenn nicht alle An-
zeichen trügen, wird der Kampf gegen den Panamismus
schon bei den nächsten Wahlen, die nicht mehr lange hinaus-
zuschleppen sind, sich zuspitzen zu einem Kampf gegen die
reaktionären Bestimmungen der Verfassung von 1875 —
namentlich gegen den Fortbestand des Senats,
und gegen das un-demokratische Institut der
Präsidenschaft. —

Belgien. Ein sonderbarer Herr scheint der dortige
König zu sein. Er weigerte sich vorgestern, eine Deputation
bezüglich des Referendums zu empfangen, weil unser Genosse
Walders Mitglied derselben war. Für Walders ist das
natürlich kein Unglück — wie schlecht muß aber der Monarch
über die Lage der Dinge in „seinem“ Lande unterrichtet
sein! Vielleicht ist er gelegentlich einmal sehr froh, wenn
Walders nicht Gleiches mit Gleichem vergilt, und — nach
dem gut sozialistischen Grundgesetz: Gleiches Recht für Alle!
auch ihn anzuhören bereit ist. —

Gladstone hat nun einmal kein Verständnis für die
Arbeiterfrage. Die Antwort, welche er vorige Woche einer
Deputation von Bergarbeitern bezüglich des Acht-
stundentages gegeben hat, zeigt, wie gründlich sich
diejenigen getäuscht haben, die den „großen alten Mann“
noch für lernfähig hielten. Erst wenn die Arbeiter unter
sich einig und einhellig für den Achtstundentag sind, will er
an die Einbringung eines Gesetzes denken.
Ja, aber mit solchen Grundätzen kommt man über-
haupt zu keinem gesetzgeberischen Fortschritt. Einheitsart
und Einheit wird niemals vorhanden sein. Und wenn die
Gesetzgebung stets erst warten will, bis sie von der Volks-
bewegung gewaltsam vorangestoßen wird, dann sollte
der Liberalismus doch lieber gleich einpacken und
zu Gunsten des absoluten Regiments abdanken.
Wie rückständig Gladstone auf sozialem Gebiet ist,
enthüllte er auch dadurch, daß er die Möglichkeit eines
fakultativen Achtstundentages andeutete, d. h.
eines gesetzlichen Achtstundentages, der aber nur für die
Arbeiter gilt, die ihn auch wollen, und nicht für die anderen.
Unter den englischen Gewerkevereinigern, die sich von ihrem
alten traditionellen Bourgeoischaf gegen die Staats-

einmischung nur schwer trennen können, spukt diese Idee
bestenfalls, deren Verwirklichung geradezu chaotische Zu-
stände herbeiführen würde. —

Die Folgen der Gladstone'schen Beschränkung sind
schon sichtbar und fühlbar geworden. Bei einer Erziehung,
die vorgeführt in Grimby statt hatte, erlitten die Liberalen
eine Niederlage, weil die Arbeiter, unter Bezugnahme auf
jene Erklärung Gladstone's, den Liberalen die Heerfolge
verweigerten. Und so kam ein Sitz, der den Liberalen seit
Menschenaltern gehört, in die Hände der Konservativen.
Herr Gladstone ist gewarnt! Die Arbeiter haben ihn in
der Gewalt. —

Parlamentarisches.

In der Sitzung der Militärkommission vom Dienstag
wurde die am Sonnabend begonnene „Spezialdiskussion“ über
die Stärke der einzelnen Truppenkörper fortgesetzt. Von den
Militärkommissarien wird ein wahres Chaos von Zahlen über
„hohen“, „mittleren“ und „niederen“ Etat der verschiedenen Re-
gimenter vorgetragen. An der Debatte beteiligten sich die Abg.
Buhl, Hinge (welcher „im Prinzip“ der Verstärkung der Re-
gimenter mit hohem Etat, die zum Grenzschutz bestimmt sind,
zustimmt, die übrigen Erhöhungen aber ablehnt), General
von Gehler, Graf Kleist, Major Wachs, Richter
(welcher die gegenwärtigen Verhandlungen für sehr unvollständig
und den Standpunkt für falsch hält, sich vom militär-
fachverständigen Gesichtspunkte aus „im Prinzip“ für die Ver-
stärkung einzelner Kadres zu erklären, da die freisinnige
Partei einer Erhöhung der Präsenzstärke an sich doch nicht
zustimmen werde.) Der Reichsanwalt hält der Kom-
mission eine Vorlesung über den Werth der „Sachverständigen-
Urtheile“ und sucht speziell den Abg. Richter über die „Noth-
wendigkeit“ der Offiziersbesuchen zu belehren, da es in heutiger
Zeit, wo „Kontrakte so leicht gebrochen werden“, ausgeschlossen
sei, diese nützlichen uniformirten Identifizierbaren Geister durch „Zivil-
arbeiter männlichen oder weiblichen Geschlechts“ zu ersetzen.
Ein Hauptkapitel der Unterhaltung bildet die „wichtige“ Frage,
ob Kriege im Sommer oder im Winter angefangen werden oder
anzufangen seien. — Die Stimmung zwischen den Herren
Richter und Hinge scheint eine recht gemüthliche
zu werden. Selbst auf die Gefahr hin, von einer
Seite meiner Eigenschaft als Kommissionsmitglied ent-
kleidet und nackt als bloßer militärischer Sach-
verständiger hingestellt zu werden — so leitete er eine
kurze Entgegnung auf die Ausführungen des Majors
Wachs ein. Diesen deutlichen Hieb gegen seinen Parteigenossen
Richter verdrückte er zum Schluß noch durch die Erklärung,
daß er es für eine gewissenhaftigkeit nicht bloß gegen den
Reichstag und das Volk, sondern selbst gegen die eigene
Partei halten würde, wenn ein Mitglied der Kommission,
welches infolge seines früheren Standes von den technischen Fragen
vielleicht etwas mehr versteht als andere Mitglieder, von diesem
Umstande nicht Gebrauch machen würde, um alle Einzelfragen bis
in ihre tiefsten Tiefen aufzuklären.

Die Militärkommission setzte auch heute die Dis-
kussion über die verlangten Verstärkungen der einzelnen Truppen-
formationen fort. Es handelte sich um die Jägerbataillone,
Artillerie, Pioniere, Eisenbahntruppen, Luftschiffer, Train, Ka-
vallerie etc. „Große“ Reden wurden dazu nicht gehalten, meist
handelte es sich um freisinnige „Vorgeleien“, sowie um „An-
fragen“ bewilligungslustiger Patrioten und um Auslassungen
seitens der militärischen Kommissarien. So bereitwillig nun
letztere über alle technischen Angelegenheiten sich äußern, so sind
sie doch sammt dem Herrn Reichsanwalt nicht dazu zu be-
wegen, den nationalliberalen, von Herrn Hinge unter-
stützten Schmerzdruck des Herrn Dr. Buhl Rechnung zu
tragen und sich darüber zu äußern, was
von dem Verlangten „absolut nötig“, was bloß „wünschens-
werth“ und was allenfalls entbehrlich sei, damit man auf der
dadurch gegebenen Basis zu einer „Verständigung“ gelangen
kann. Die Regierung sagt: „Sucht Ihr Herren von der Kom-
mission nur selbst heraus, was Ihr bewilligen oder ablehnen
wollt, wir halten Alles für unumgänglich nötig.“ Ueber
diese Frage entstand heute mitten in der Spezialdiskussion über
die Stärke der Einzelformationen wieder eine Generaldebatte,
die indessen nach Lage der Sache auch nur ein negatives Resultat
haben konnte.

Den Herren wurde ob dieser grausamen Verschlepperei, die
nur den Zweck hat, den „feindlichen“ Kompromissieren
Gelegenheit zu ergeben, doch endlich von der Regierung
zu erfahren, an welcher Stelle sie etwa mit sich handeln
lassen will, vom Abg. Vebel kräftig die Meinung gesagt.
Schon seit einer Reihe von Tagen, sagte Vebel, gingen die Herren,
welche kompromissüchtigen Herzens sind, herum „wie die
kranken Hühner“, immer sehr schüchtern, da endlich
die Regierung den Mund aufthan werde, um ihnen in ihrer Be-
drängnis zu Hilfe zu kommen. Es sei hoch an der Zeit, diesem
Spiel ein Ende zu machen; wie sich jetzt auf's deutlichste ergebe,
wäre es am zweckmäßigsten gewesen, den sozialdemokratischen An-
trag anzunehmen, zuerst den ganzen 31. der Friedenspräsen-
zstärke bestimmt, zu beraten. Das Resultat dieser Beratung hätte
einen Maßstab dafür abgegeben, was dann zu thun
übrig geblieben wäre. Zur Geschäftsordnung brachte Vebel
auch noch den sonderbaren Umstand zur Sprache, daß gestern
den Mitgliedern der Kommission im amtlichen Koutert je ein
Exemplar des nationalliberalen „Chemnitzer Tagebl.“, in welchem
ein Bericht über eine Versammlung zu Gunsten der Militär-
vorlage enthalten war, zugestellt wurde. Wenn sich derartige
wiederholte, würde er verlangen, daß künftig jedem Mitglied auch
ein Exemplar des „Vorwärts“, worin Protektberichte enthalten
sind, beigegeben werde. Der Präsident erklärt, er sei an der
Besprechung unschuldig.

Die nächste Sitzung findet morgen Vorm. 1/11 Uhr statt.

Die II. Kommission (Änderung der Gewerbe-Ordnung)
hat in ihrer letzten Sitzung die Anträge: Zigarren und Tabake,
Uhren aller Art und Druckschriften in Bierereien
und Gewerbebetriebe im Umbezichen auszuschließen, ab-
gelehnt. Ein Antrag, wonach Druckschriften, welche bestweise in
Bierereien im Umbezichen feilschen und verkauft werden,
auf dem Umschlage den Preis des einzelnen Heftes und die An-
gabe der Zahl der erscheinenden Heftes enthalten müssen, wurde
angenommen.

Die Wahlprüfungs-Kommission verhandelt heute über
die Ergebnisse der Erhebungen über die Verhältnisse bei der Wahl
des Abgeordneten Prinzen Handjery (10. Potsdam). Die Er-
hebungen haben zum Theil ganz unangenehme Bergewaltungen
der sozialdemokratischen Wahlagitatoren in diesem Kreise ergeben.
Die Kommission ist mit den Verhandlungen nicht zu Ende ge-
langt und wird die Schlussabstimmung erst in nächster Sitzung
erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

B. 42. Nur Vergnügen innerhalb eines geschlossenen
Kreises bedürfen keiner Erlaubnis.
B. 40. Die Einrede, daß die Mutter eines unehelichen
Kindes bereits auferzählich geboren habe, beseitigt in Preußen
den Alimentenanpruch von Mutter und Kind.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 9. März. Opernhaus. Keine Vorstellung. Schauspielhaus. Keine Vorstellung. Deutsches Theater. Der Taktman. Berliner Theater. Die Danischschiff. Festung-Theater. Heimath. Wallner-Theater. Der Fall Clemenceau. Aroll's Theater. Die Nachtwandlerin. Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Neues Theater. Zola. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Von César. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Der Taktman. National-Theater. König Ottobars Glück und Ende. Alexanderplatz-Theater. Dorf und Stadt. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 75. Male: Modernes Babylon. Gesangsopfer in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görsz. Musik von G. Steffens. In Scene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Kulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner. (Klemm - Gde. - Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Unhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Castan's Panoptikum. Letzte Woche! Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder: Lili, kleinste lebend. Elefant d. Welt, Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater. Grosses Konzert. Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Passage-Panopticum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Große Spezialitäten-Vorstellung. Vollständig neues Programm. Tom. Belling, Original-August. Truppe H. Gaston, Akrobaten. Kolling Müller, Wasserläufer. The Matros, Excentric. Geschw. Taciana, Duettistinnen. Heine, Bendor, Humorist. Martha Ventura, Kostümbretten, sowie sämmtl. engag. Spezialitäten. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Meyer's Konvers.-Lexik., Brehm's Thierleben laufe sof. Nachr. Postkarte. Schröder, Gampshausenstr. 31. [16866]

Circus Renz.

(Karlstraße.) Donnerstag, 9. März, Abends 7 1/2 Uhr: Grosse brillante Vorstellung. Ein Künstlerfest. Große Ausstattungs-Pantomime. Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenorso. Grosses Brillant-Fenerwerk. Außerdem: Mr. James Phillis mit dem Schulpferde Markir. Johanniter u. Alop, in d. hohen Schule ger. v. Hrl. Oceana Renz. Das boxende Känguruh, vorgef. vom Clown Misko. Marietta und Volkant mit ihren dreif. Kafadus, etc. Morgen, Freitag: 8. Wiederholung der Gala-Festvorstellung v. 27. Januar. Sonntag: 9 große Vorstellungen. Um 4 Uhr (1. Kind unter 10 Jahren frei): Die lustigen Heidelberger. - Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest. Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gratweil's Bierhallen Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger sowie Auftreten des musikal. Clowns Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen. F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnerhofer Lagerbier, hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc. Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andrasstr. 23. Op

Feen-Palast.

Freitag, den 10. März 1893: Einmaliger Ringkampf bis zur Entscheidung zwischen dem Reichertschastbringer der Welt Herrn Carl Abs aus Hamburg und dem griechischen Preisringer Mr. Antonio Pierri. Anfang präzise 10 Uhr. Vorher: Grosse Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 1/2 8 Uhr. Pässepartouts und Bons haben an diesem Abend keine Gültigkeit. Billet-Vorverkauf Vormittags von 11-1 Uhr. 3806L*

Man kaufe nur Halt! Kinder-Wagen Finger weg! mit Naether's klemmensicheren Verdeckstangen! Naether's Fabriklager W., Friedrichstr. 72. [147M] nicht zu verwechseln mit anderen, meinen Text kopirenden Firmen! Größtes Lager (bereits seit 1882) der Residenz!

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Genthstraße 2. Soeben erschien: Hef 38 der Reden und Schriften Ferd. Lassalle's (Vollständig in ca. 50 Hefen à 20 Pf.) Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsdepoteure und Kolporteurs entgegen.

Verpätet! 1708b Unserm Rauchbruder Carl Ewald zu seinem gestern stattgefundenen Biege-feste ein dreimal donnerndes Hoch! Rauchklub Ringelwolke. Carl, fall nicht vom Stengel!

Orts-Krankenkasse für das Tapezier-Gewerbe.

Versammlung sämmtlicher groß-jährigen Kassen-Mitglieder am Sonntag, den 12. März 1893, Vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: Wahl von 20 Vertretern zur Generalversammlung. - Das Quittungsbuch ist als Legitimation vorzuzeigen. Versammlung der Herren Arbeitgeber, welche aus eigenen Mitteln Beiträge zur Kasse leisten, bei Wolter, Klosterstr. 55-57. Tagesordnung: Wahl von 10 Vertretern zur Generalversammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Wir geben hiermit bekannt, die Streiklisten der Korbmacher Berlins mit untenstehenden Nummern innerhalb acht Tagen zurückzurufen, widrigenfalls wir die Namen veröffentlichen. Das Streik-Komitee der Korbmacher. J. A. Hermann Schölzel. Die Nummern der Listen sind folgende: 1, 25, 34, 69, 175, 111, 112, 64, 85, 213, 235, 250, 252, 266, 267, 273, 293, 296, 300, 301, 302, 309, 310, 311. Sämmtliche Listen sind zu senden an Herrn Schölzel, Pücklerstr. 12, v. III.

Urbanhafen. Diejenigen Arbeiter, welche beim Unternehmer Schnoider am Urbanhafen gearbeitet haben und bei der Löbnung am 25. Febr. irgend welche unbedingten Abzüge erlitten, wollen ihre Adressen unter U. H. in der Expedition des „Vorwärts“ niederlegen. 1701b

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch, u. d. Oranienplatz

* Ich warne Jeden, meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Franz Köhler. * Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Einienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Bund der geselligen Arbeitervereine

Berlins und Umgegend. Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Bundesangelegenheit und Fragelasten. Die Vereine werden ersucht, die Mitgliederzahl so schnell als möglich an Genossen Rosel, Zehdenickerstr. 19, Hof part., zu schicken. In dieser Versammlung findet die Ausgabe der Billets zum zweiten Stiftungsfest statt. Der Vorstand.

Achtung! Öffentliche Achtung! Versammlung für Frauen und Männer

am Sonnabend, den 11. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Oranienstraße 180. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Köster über Religion. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl eines Mitgliedes zur Frauen-Agitations-Kommission. Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt. Zu regem Besuch ladet ein 156/12* Die Frauen-Agitations-Kommission.

Achtung! Getreideträger (Schipper) und Speicherarbeiter. Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 12. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, in Röllig's Salon, Neue Friedrichstraße 44. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Lohn- und Akkordarbeit. 2. Diskussion über den Tarif. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Ausgabe neuer Karten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung sämmtl. Kutscher Berlins u. Umgegend

am Freitag, den 10. März, Abends 9 1/2 Uhr, im großen Saale der Aktien-Brauerei Friedrichshain (am Königssthor). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Fritz Zubeil. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Kommission und Verlesung der Statuten der freien Vereinigung der Kutscher u. Verschiedenes. Herr Schütte ist schriftlich zu dieser Versammlung eingeladen. Die Einberufer: A. Schulz, Droschenkutscher, u. Böttcher, Arbeitskutscher. 1702b

Ausstellungs-Möbel.

Die von mir feinerzeit im Landes-Ausstellungspark ausgestellten Wohnungs-Einrichtungen fanden beim Publikum den ungetheiltesten Beifall. Möbel aller Art, ganze Wohnungs-Einrichtungen etc. werden stets angefertigt, und sind solche auch im Fabrikgebäude Naunynstr. 3, I. u. II. Et., ausgestellt. Verkauf nur unter Garantie zu mäßigen Preisen. Heinrich Meyer, Tischlermeister, Naunynstrasse 3. 3791L*

Echter Langensalza'er Rahtabak von Gebrüder Adler.

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend. Cigaretten-Europlager in den Preislagen von M. 25,- bis M. 100,-; Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 9, Braunstr. 123, Andreasstr. 54, Prachtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reing. v. Garderob. jed. Art. Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stüd. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 3761L*

Musik-Instrumente. Größtes Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. Musikwerke zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager. Aug. Kessler, 51. Laufferstr. 51. 3637L*

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.

Ein grosser Posten Steppdecken echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere buntfarbige Normal-Schlafdecken mit kleinen Maschinensflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. per Stück 4,50 M. sonstiger billige Preise, auch Theilzahlung. Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 8783L* Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Roh-Tabak A. Goldschmidt, 3806L* am besten Marke wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt am Hackeschen Markt. 2 Oranienburgerstraße 2.

Arbeitsmarkt. Schirmnäherinnen auf Entoutas und Regenstirme werden verlangt Leo Wolff, Fab. D. Bergmann. 1698b Wallstraße 7/8.

Adalbert Blacek aus Alt-Benatfel in Böhmen hält Ausverkauf von allen Arten Äpfel, 2 Pfd. 15 bis 30 Pf. Bärrwaldstr. 52, Hof r. im Keller. [1705b] Kinderwagen, größtes Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung. Oranienstr. 3 im Nordgeschäft. 15995* M. Krüger's 18016* Speise-Leinöl ist das anerkannt Beste. Fabrik-Lager Stalitzerstr. 105.

Ein tüchtiger 38032* Schweizerdegen (Parteigenosse), der eine Druckerei selbständig zu leiten versteht, wird sofort gesucht. Offert. mit Gehaltsansprüchen werden erbeten von der Exp. der „Th. Tribüne“, Gertur, Gartenstr. 7. Hierzu eine Beilage.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

61. Sitzung vom 8. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf von Caprivi, von Bötticher, von Mahkahn, Hollmann.

Die Verlesung des Marine-Etats wird beim Extra-Ordinarium fortgesetzt. Die Budgetkommission hat im ganzen die geforderten ersten Raten für 6 neue Kriegsschiffe gestrichen und zwar für das Panzerschiff „Ersatz Preußen“ 500 000 Mark, Panzerfahrzeug W 1 000 000 M., Panzerfahrzeug X 500 000 M., Kreuzerkorvette K 2 Millionen, Kreuzer „Ersatz Rösche“ 750 000 Mark, Aviso „Ersatz Halle“ 1 200 000 M.; in Konsequenz sind auch die Forderungen für artilleristische und Torpedoarmerung gestrichen. Die Kosten für „Ersatz Preußen“ sind im ganzen auf 12 500 000 M. im Etat bemessen. Ein Antrag der deutschkonservativen Abgg. Hahn und Genossen will die Forderung für „Ersatz Preußen“ unverändert bewilligen. Die übrigen Forderungen des ordentlichen Etats im Extraordinarium des Marine-Etats hat die Kommission nicht beanstanden.

Die Verhandlungen waren ohne jedes weitere Interesse. Reichsanzler Caprivi griff ebenfalls in die Debatte ein und lautete dessen Ausführungen wie folgt: Ich bin kein Marine-Enthusiast, aber ich verstehe nicht, welche hohen Aufgaben in einem Kriege unsere Marine zu erfüllen haben wird. Ein Schiff kann sich nur offensiv schlagen, eine Flotte wohl strategisch defensiv. Wenn wir in dem Ersatz für Schiffe, deren Hinsuffälligkeit vorzuziehen ist, zu sparsam werden, wird es mir zweifelhaft, ob die Marine der Aufgabe die Küste zu schützen, gewachsen sein wird. Nun will man die Küste vom Lande aus schützen; es giebt aber auch Lagen, wo der Feind nicht landet. Wir können unsere Küste gewiss zu Lande schützen, aber das ist nicht alles, was man im gewöhnlichen Leben unter Schutz der Küste versteht. Man versteht darunter auch den Schutz der Handelsstädte und ihres Handels. Dazu muß man die Flotte des Feindes abhalten können. Der Reichstag hat jetzt wieder einen Antrag vorgelegt erhalten, der den völlerrechtlichen Schutz des Eigentums zur See anstrebt. Ich stehe diesem Antrage noch heute wie früher gegenüber, ich glaube nicht, daß er ausführbar ist, aber in seiner Richtung gelegen ist das Bestreben, die Küste von feindlichen Flotten frei zu halten. Dazu müssen wir sie aber schützen können durch Panzer, welche die feindlichen Geschwader im Schach halten können. Unter einigermaßen normalen Verhältnissen werden wir ja im Kriege nicht absolut auf den Import fremden Getreides angewiesen sein, wir können Karotteln essen Rott zu brennen und statt Rüben Getreide bauen. Aber wir haben kein Recht mit uns günstigen Umständen zu rechnen. Können wir Landungen des Feindes nicht verhindern, dann wären unsere Küsten für die Feinde bestellt. Unsere Häfen müssen wir entweder ganz oder teilweise blockadefrei halten, nicht bloß um den Import von Getreide sondern auch den der anderen Waaren zu ermöglichen. Wir würden eine Menge Dinge schwer entbehren, an deren Genuß wir uns gewöhnt haben. Um während des Krieges das Landwehr leistungsfähig zu erhalten, müssen wir die Fernhaltung der Blockade erstreben, und dazu können wir die Panzer, Kreuzer und Torpedoboote nicht entbehren.

Namens der Geschäftsordnungs-Kommission erstattet alsdann Abg. Porwitt Bericht über das Schreiben des Reichsanzlers, wonach die Ausführung des Reichstagesbeschlusses bezüglich der Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. Münch dadurch hinfällig wird, daß es sich nicht mehr um ein Strafverfahren, sondern um ein bereits rechtskräftig gewordenes Urtheil handelt. Die Kommission beantragt den Reichstagesbeschluss vom 6. Februar durch diese Mittheilung des Reichsanzlers für erledigt zu erachten. Während der Redner spricht, wird ihm von dem in der Nähe des Referententisches stehenden Staatssekretär von Bötticher ein Glas Wasser eingeschenkt und dargereicht. Der Vorgang erregt die Heiterkeit des Hauses.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bitte Sie, nicht zurückzusprechen vor Dem, was stets die Praxis des Hauses gewesen ist. Von keinem einzigen theoretischen Juristen ist die 1874 seitens der Abgg. Windthorst und Poser vertretene Ansicht als hinfällig bezeichnet worden, und wir dürfen die Privilegien des Reichstages nicht preisgeben. Die Frage ist nie anders beantwortet worden, als daß eine Verhaftung eines Abgeordneten nach dem Wortlaut des Art. 31 der Verfassung nicht stattdessen darf. Ich halte es für unbegreiflich, wie man zur entgegengesetzten Auffassung kommen kann. In dem Fall Majunke hat allerdings die nationalliberale Partei den Art. 31 anders interpretiert, wie die Abgg. Windthorst und Poser; aber die Reichstagsmehrheit beschloß damals, daß Majunke zu Unrecht verhaftet sei. Der Polizeipräsident hatte die Verhaftung abgelehnt, weil sie gegen die Verfassung verstoße, das Stadtgericht ebenso. Das Kammergericht hatte die Verhaftung angeordnet, weil sie nicht gegen die Verfassung verstoße. Bestimmend für die Mehrzahl der Kommission war die Meinung, daß Majunke sich an das Obertribunal wenden könne und daß man dessen Entscheidung nicht vorgehen solle. Aus diesem Grunde kam die Kommission ohne Antrag heraus und die Sache gelangte nicht zum prinzipiellen Austrag. Seit 1874 ist nun kein Fall vorgekommen, wo ein rechtskräftig Verurtheilter zwecks Abhebung der Strafvollstreckung während der Session gegen seinen Willen verhaftet wurde. Die Frage der Entlassung eines bereits Inhaftirten ist hiermit nicht zu verwechseln. Im ersten Absatz des Art. 31 ist von Verhaftung ganz allgemein die Rede, im dritten Absatz wird ausdrücklich von Untersuchungs- und Zivilhaft gesprochen. Das beweist gerade, daß jede Verhaftung ohne Ausnahme an die Genehmigung des Reichstages gebunden ist. Wenn Sie mit der bisherigen Praxis nicht brechen wollen, dann können Sie dem Kommissionsantrag nicht zustimmen. Der württembergische Justizminister hat gar nicht das Recht, in die Befugnisse des Richters einzugreifen. Ein Rücktritt von der einmal gefaßten Entschliessung würde dem Reichstage nicht zum Ansehen gereichen.

Abg. Ackermann (Konf.) weist die Interpretation des Art. 31, wie sie bezüglich des Sinnes des Wortes „Verhaftung“ der Vorredner gegeben, als unzutreffend zurück. Der Antrag des Abg. Singer habe ausdrücklich auf Einstellung eines Strafverfahrens gelaufen, während es sich um eine rechtskräftig gewordene Verurtheilung handle.

Nach kurzer Replik des Abg. Stadthagen und Duplich des Abg. Ackermann bemerkt

Abg. Webel: 1874 war der Reichstag mit wenigen Ausnahmen der Meinung, daß auch der Antritt der Strafhast unter die Bestimmungen des Artikels 31 der Verfassung fällt. Es ist nicht denkbar, daß sich der Reichstag mit einem geringeren Recht begnügen soll, als die Vertretungen aller anderen Verfassungsstaaten. Der Artikel 31 der Reichsverfassung ist allerdings in dieser Beziehung etwas unklar. Die sächsische Verfassung spricht es in weit klarerer Weise aus, daß über ein Mitglied der sächsischen Ständekammer ohne Zustimmung derselben keine Haft verhängt werden kann. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß der Reichstag sich dasselbe Privilegium hat vorbehalten wollen. Im Falle North lag die Sache anders, weil ein gemeinsames Verbrechen vorlag. Aber in allen anderen Fällen

können wir unser Privilegium nicht aufgeben. Daß der Artikel 31 der Verfassung nicht so ausgelegt werden kann, daß ein Mitglied des Reichstages aus der Strafhast entlassen werden muß, darüber hat der Reichstag sich klar entschieden. 1873 beantragte Abg. Schropf, daß ich während der Dauer der Session aus der Festungshaft entlassen werden sollte. Der Reichstag lehnte es aber mit großer Majorität ab. Das württembergische Gericht wollte die Strafhast des Abg. v. Münch aufheben, sobald er einen dahin gehenden Beschluss des Reichstages bebringe. Ähnlich haben die sächsischen Gerichte erkannt und gehandelt, als Liebnacht und ich am 8. März 1872 vom Schwurgericht zu Leipzig wegen Vorbereitung des Hochverrats zu zwei Jahren Festung verurtheilt waren. Ich war Mitglied des Reichstages, Liebnacht nicht. Nach Verwerfung der Revision durch das Oberlandesgericht wurde Liebnacht aufgefodert, Anfang Juni die Haft anzutreten, ich wurde erst nach Ablauf der Session dazu aufgefordert. Wenn die Gerichte in Deutschland eine gleiche Auffassung hierüber gehabt haben, besteht für den Reichstag erst recht die allergeringste Ursache, sich sein Privilegium nicht nehmen zu lassen. Ist der Art. 31 unklar, so muß durch Interpretation Klarheit geschaffen werden.

Württembergischer Gesandter v. Moser: Die württembergische Regierung vertritt mit allen verbündeten Regierungen den Standpunkt, daß Artikel 31 der Verfassung Absatz 1 sich auf die Strafvollstreckung nicht bezieht, sie hat dem Amtsgericht in Stuttgart wegen der Freigabe der von ihm vertretenen Ansicht das Nöthige zu erkennen gegeben, weil das Gericht ausdrücklich die Weibringung eines Reichstages-Beschlusses auf Grund des Absatz 3 von dem Herrn v. Münch verlangt hat.

Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten sowie einiger Mitglieder des Zentrums und der freisinnigen Partei angenommen.

Die beim Reichstage nachgesuchte Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Mehyer (Hamburg) wegen Beleidigung des Senats und der Bürgerchaft der Stadt Hamburg wird entsprechend dem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission nicht erteilt.

Darauf wird die Staatsberathung fortgesetzt und der Etat des Rechnungshofes, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichs-Invalidentfonds bewilligt. Ueber die Petition betreffend die Erhebung einer Ehrenulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Militär-Etat.)

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Waren (Ref. Meier-Lübeck).

Von der Agitation. Parteigenossen aus Stolberg (Rheinland) vertheilten am Sonntag in den Ortlichkeiten Scherpeffel, Halkenrath, Vollenrath, Bohl, Berggrath und Schweller sozialdemokratische Flugblätter, Zeitungen und Broschüren, die von der ländlichen Bevölkerung mit um so größerem Danke angenommen wurden, als am Morgen desselben Tages von den Schwarzen das Flugblatt verbreitet worden war, worin das Zukunftsstaats-Gesetz Bayerns abgedruckt ist.

Die Parteigenossen in Baden-Baden vertheilten dort wie in der Umgegend die Rede Webel's über den „Zukunftsstaat“, sowie Exemplare des „Vorwärts“ und des „Offenburger Volksfreunds“ und machten dabei die erfreuliche Erfahrung, daß in der Stimmung der Landbevölkerung eine Wendung zu unseren Gunsten eingetreten ist.

Auch die Würzburger Genossen, die 4000 Exemplare von Webel's Rede im Landkreise vertheilten, fanden, wie die „Unteränkische Volkstribüne“ berichtet, bei den Bauern überall sehr gute, stellenweise sogar herliche Aufnahme.

Ebenso guten Erfolg hatten die Genossen aus Delmenhorst und Ganderkesen bei ihrer letzten Agitationstour auf dem Lande.

Die schwebische Sozialdemokratie hat den Wahlsiegzug im 17. württembergischen Reichstags-Wahlkreise (Ravensburg-Letznaug) unter sehr guten Aussichten begonnen. Die in Scheer, Hohentengen und Mengen am Sonnabend und Sonntag abgehaltenen Versammlungen, in welchen unser Kandidat Tauscher sprach, waren trotz der Heftigkeit der Pfaffenblätter ausgezeichnet besucht, und überall zeigte es sich, daß die arbeitende ländliche Bevölkerung mit dem, was die Sozialdemokratie will, im wesentlichen übereinstimmt. Besonders interessant verlief die Versammlung in Hohentengen. Dort hatte sich die Bevölkerung von 14 Gemeinden um Gottesdienste eingefunden, und als dieser beendet war, zogen die katholischen Wähler vor das Gasthaus zur Traube, wo sie auf dem freien Plage Aufstellung nahmen, da der Saal, wohin die Genossen die Versammlung einberufen hatten, die Menge nicht fassen konnte. Genosse Tauscher mußte von einem Fenster des ersten Stockes aus zu den Versammelten sprechen. Sein 1/2stündiger Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und nachher im öffentlichen Wirthshaus lebhaft diskutiert. Eine ganze Reihe Wähler stellten Fragen, der Referent gab über alle zufriedenstellende Auskunft und befand sich am Schlusse der Diszussion in völliger Uebereinstimmung mit den Wählern. — Durch diese Versammlungen ist, wie die „Schwab. Tagwacht“ bemerkt, auch viel zur Verbreitung der Irrthümer beigetragen worden, die über die Sozialdemokratie im Schwange sind.

Um der fortgesetzten Lokalschreiberei ein Ende zu machen, beabsichtigen die Parteigenossen in Burg die Beschaffung eines eigenen Versammlungshauses. Sie haben zu diesem Zweck einen Verein gegründet, der das hierzu nöthige Geld ansammeln soll.

Aus Südenscheid wird der Rheinisch-Westfäl. Arb.-Ztg. geschrieben: Infolge des Betragens des Herrn Lenzmann in der letzten Volksversammlung wird mancher sich die Frage vorgelegt haben: Wie ist es möglich, daß ein Mann wie Lenzmann, der lange Zeit hindurch gewissermaßen in dem Ruf eines Volksmannes stand, der Arbeiterchaft so entgegen tritt, wie leuchtig? Die Frage ist leicht beantwortet. Bis zum Jahre 1884 und noch darüber hinaus war hier von einer selbständigen sozialistischen Bewegung keine Rede. Das rabulische Bürgerthum konnte zu der Zeit sich noch als Vertreter der Interessen der Arbeiter aufspielen, ohne befürchten zu müssen, daß sein demagogisches Treiben aufgedeckt würde. Der damals noch einigermaßen anständige Verdienst der Arbeiter kam den fortschrittlichen Demagogen sehr zu statten. Herr Lenzmann, der erregte Vertreter jener Leute, brauchte sich nur in einer Versammlung sehen zu lassen, und das Bürgerthum sowie die Arbeiterchaft brachte ihm während eines Abends wiederholt stürmische Hochs dar. Diese Ovationen machten Herrn Lenzmann übermüthig. Denn nur so konnte er es wagen, den Nationalliberalen zu

drohen, ihnen die „Rothen“ auf den Pelz zu schicken, wenn sie nicht nach seiner Pfeife tanzten. Die „Rothen“ sind jetzt da! Nicht insolge der Drohung, nein, trotz des Herrn Lenzmann. Sein Wunsch ist es nie gewesen, daß die Sozialdemokratie hier aufkommen möchte, denn wir halten ihn für viel zu klug, als daß er es nicht erkennen würde, welche Gefahr die „Rothen“ für ihn sein würden. Herr Lenzmann, der sich wahrscheinlich bis vor kurzem noch sagte: erst komme ich, dann wieder ich und dann nochmals ich und dann die andern, konnte niemanden über sich dulden, nicht einmal neben sich. Er hielt sich für unerreicht, für unübersteiglich. Von dieser seiner vermeintlichen Höhe haben ihn jäh hinabgestürzt die „Rothen“. Und das ist bitter! Daher der letzte krampfhafteste Versuch, durch unparlamentarisches Benehmen Rache an den „Rothen“ zu nehmen. Wir sind nicht schadenstroh: können es und wohl so ungefähr vorstellen, wie es Herrn Lenzmann zu Muthe ist. Früher in jeder Versammlung mit donnernden Hochs empfangen, jetzt launig noch beachtet. Ein solches Schicksal passiert nur Egoisten, nicht Leuten, welche selbstlos bis zum letzten Athemzuge dem armen Volke eine bessere Zukunft erkämpfen helfen. Für die „Freisinnigen“ oder wie sie sich sonst nennen mögen, ist hier kein Boden mehr. Die Arbeiterchaft und auch die einsichtigeren Leute aus anderen Gesellschaftskreisen lassen sich von einsichtigen Neben über den „Zukunftsstaat“ nicht mehr dupiren. Die Gefahr wäre vielleicht vorhanden, wenn die Sozialdemokratie nicht immer und immer wieder sagte: Leute denkt über eure Klassenlage nach. Und dies hat gewirkt! Die Leute denken selbständig. Kommt nun so ein Mann, der dem Volk die „Herrlichkeiten“ der Gegenwart einpauken möchte, dann geht das Volk nach Hause und sagt sich: Sprecht nur ihr Herren! wir wissen es, unter welchem Druck, in welchem Glend das Volk schmachtet, die einzige, wahre und ehrliche Helferin ist und bleibt die Sozialdemokratie.

Todtenliste der Partei. Gestorben in Frankfurt a. O. der Schuhmacher Emanuel Pilz; in Seiffenhersdorf der Genosse Reinhold Kühnel.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der sächsische Landtags-Abgeordnete und Stadtverordnete Heinrich Stolle verhielt gegenwärtig im Meconer Amtsgerichtsgefängniß die dreiwöchige Strafe, die er sich dadurch zuzog, daß er einen Eisenbahn-Bediensteten an der Arrestur eines armen Knaben hinderte, der am Bahnhofe Kohlen aufgegeben hatte.

Der wegen Beleidigung einer Bergwerks-Verwaltung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilte Genosse Gladewitz in Zwickau hat wegen der von ihm beantragten Wieder-aufnahme des Verfahrens einen einmonatlichen Straußauschuss bewilligt erhalten.

Lokales.

Wegen des Verbotes der Aufführung der „Weber“ hatte der Dichter, Gerhardt Hauptmann, bei dem Bezirksausschuss Klage erhoben. Dieselbe kam gestern (Dienstag) zur Verhandlung. Den Kläger vertrat Rechtsanwalt Dr. Greling, der betonte, daß die „Weber“ keineswegs den sozialistischen Zukunftsstaat verherrlichen, sondern das Glend der gegenwärtigen Zustände dieser bedauernden Menschen beleuchten sollen. Der Polizeipräsident hatte dagegen in seiner Klagebeantwortung ausgeführt, daß die öffentliche Aufführung des Stückes in Berlin und zu einer Zeit, in der die sozial-revolutionäre Bewegung noch in stetem Wachsen begriffen sei, mit dem Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht vereinbar sei. Nach einer Berathung von fünfzehn Minuten verurtheilte der Präsident das Urtheil: Die Klage ist zurückgewiesen, dem Kläger sind die Kosten aufzuerlegen. Die Gründe der Zurückweisung wurden nicht publizirt. Es wird Verungung an die höhere Instanz seitens des Klägers eingeleitet werden.

Daß eine durchaus nicht tendenziöse, poetisch meisterhafte Darstellung verboten wird, weil die Wahrheit und Wahrhaftigkeit der Staatsordnung gefährlich sein könnte, beweist, auf wie schwachen Füßen diese steht und wie sehr sie des inneren Haltens entbehrt. Die „Weber“ sind übrigens im Druck erschienen und zwar in doppelter Ausgabe, einer im vollständig sächsischen Dialekt, die wir denen empfehlen, die desselben mächtig sind, und in einer anderen Ausgabe, in welcher ein Ausgleich zwischen dem Dialekt und der hochdeutschen Sprache unternommen wird.

Der verstorbene Geh. Kommerzienrath v. Bleichröder war im Jahre 1891/92 von der Behörde auf ein Einkommen von 3 Millionen abgeschätzt. Nach der Selbstschätzung für 1892/93 erhöhte sich dieses Einkommen auf 7 1/2 Millionen. Er hatte sich, wie die meisten Finanz- und Agrar-Fürsten die behöbliche Unterschätzung sehr gern gefallen lassen.

Gegen eine ganze Anzahl sogenannter „Zucasso-Geschäfte“ finden zur Zeit strafrechtliche Ermittlungen statt. Es waltet der Verdacht ob, als ob diejenigen, welche nur mit „Abonnementskunden“ arbeiten, zum Theil auf den Bauernfang eingerichtet sind. Das Abonnement kostet gewöhnlich 40 M., welches sich nach den vom Kunden unterschriebenen Geschäftsbedingungen stillschweigend auf ein Jahr verlängert, wenn es nicht rechtzeitig aufgekündigt wird. Die Kunden, welche den Inzassogeschäften ihre faulen Forderungen zur Realisirung ein-senden, bezahlen gewöhnlich die ersten 40 M. sehr gerne, hören dann aber von dem Schicksale ihrer Forderungen nicht mehr viel. Vielfach beschränken sich die Schritte, welche das Inzassogeschäft zu Gunsten ihrer Kunden unternimmt, auf eine einfache resultatlose Anfrage bei der Polizei nach dem Verbleiben der betreffenden Schuldner, oder auf eine Anfrage bei Privatpersonen. Die Forderungen werden danach gewöhnlich als „uneinzuleihbar“ ad acta genommen. Die Kunden tragen geduldig das erhebende Bewußtsein mit sich herum, einmal gehörig „hineingefallen“ zu sein; dasselbe Schicksal blüht ihnen aber gewöhnlich gleich zum zweiten Male, denn sie vergessen natürlich, ihr Abonnement aufzukündigen und das Inzassogeschäft macht gegen sie einen Anspruch auf abermalig 40 M. geltend. Soweit diese Fälle Anlaß zu einem Zivilstreit geben, fällt derselbe in der Regel zu Gunsten des Inzassogeschäfts aus, da dasselbe unschwer den Beweis erbringen kann, daß es irgend einen Schritt zum Zwecke der Einbringung der Forderungen gethan. Nach den Ermittlungen des Kriminalkommissarius 21 ist auf diesem Gebiete ist anzunehmen, daß diese ursprünglich von einem Wiener hier eingeführte Geschäftspraxis, welche bald viele Nachahmer gefunden hat, eine ganz lukrative ist. Ob sich mit Hilfe des Betrugsparagraphe gegen dieselben wird antämpfen lassen, wird die Zukunft lehren.

Die Angelegenheit des Stationsvorstehers Sachler vom Bahnhof Groß-Lichterfelde, der am 4. d. M. wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder verhaftet wurde, wird noch einen zweiten Beamten ins Verderben ziehen. Nachdem der Älteste Stations-Assistent das Verschwinden des Vorstehers bei der Eisen-

Dahn-Direktion gemeldet hatte, fand eine Super-Revision der Stationskasse statt. Dieselbe wurde durch einen Assessor und mehrere andere Revisionsbeamte vorgenommen. Zunächst wurde ein Defizit von 1400 M. festgestellt (später ist noch ein bedeutender Gehaltbetrag ermittelt worden). Während die Revisionsbeamten bei der besten Arbeit waren, kramte ein junger Mann die Treppe zu dem im Stationsgebäude liegenden Privatwohnung des Stationsvorstehers hinauf. Die Treppe war jedoch durch einen Unterbeamten besetzt, der während der Revision niemand passieren lassen durfte. Die Revisoren wurden gerufen, der angehaltene junge Mann gab auf Befragen an, er habe dringend mit der Frau Sachler zu sprechen. Durch ein längeres Anknüpfen wurde festgestellt, daß der Fremde der Sohn des Kontrolleurs der betreffenden Bahnstrecke ist. War vorher schon ansgesfallen, daß der Kontrolleur zwei Tage vor dem Verschwinden des Stationsvorstehers die Kasse kontrolliert und für richtig befunden hatte, so fiel die Dringlichkeit, mit welcher der Sohn des Kontrolleurs Frau Sachler zu sprechen wünschte (von der Rückkehr des Herrn Sachler hatte er augenscheinlich noch keine Ahnung), noch ganz besonders auf. Es wurde sofort eine Hausdurchsuchung in der Privatwohnung des Stationsvorstehers vorgenommen und dabei wurde ein Schuldschein über 2400 Mark vorgefunden, laut welchem der Sohn des Kontrolleurs (christlich anerkannt, von Herrn Sachler ein Darlehen von 2400 M. erhalten zu haben. Angefichts dieses Dokuments stand der Sohn des Kontrolleurs (nebenbei bemerkt, ein Berliner Geschäftsmann) zu, von dem Sachler wiederholt Darlehen empfangen zu haben. Der Vater muß unter allen Umständen Kenntnis davon gehabt haben, denn bei der letzten Kontrolle konnte er das Konto gar nicht übersehen. Wenn er die Kasse als in Ordnung befindlich erklärte, so muß er wider besseres Wissen gehandelt haben, lediglich weil er Kenntnis hatte von den Verbindlichkeiten seines Sohnes gegenüber dem Stationsvorsteher und daß dieser die gegebenen Darlehen der Kasse entnahm, unterliegt keinem Zweifel.

Durch einen gefährlichen Kautionschwindler ist in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Personen empfindlich geschädigt worden. In hiesigen Tageszeitungen erlies ein Großkaufmann Rudolf Klein, in Nixdorf Hohenzollernstraße 3 wohnhaft, Inserate, in welchen er für sein Engrosgeschäft Reisende, Magaginsler und Kautscher suchte, die jedoch im Stande sein mußten, angemessene Kautionen zu stellen. Die Zahl der Stellungsuchenden, denen Klein Summen in der Höhe von 50 bis 200 M. abnahm, ist eine sehr große gewesen, und der Industrieritter muß nach oberflächlicher Schätzung etwa 10 bis 15 000 M. auf diese Weise erbeutet haben. Nach Anfang dieser Woche wurde ein Kaufmann Menge aus Berlin und ein Kautscher Duve Opler des Schwindlers, der beide zu Inspektoren der Berliner Markthallen ernannt, wofür er 8 Verkaufshände habe, die beide Herren täglich revidieren mußten. — Aber auch hiesige Geschäftsleute sind auf die Betrügereien des Klein hineingefallen; mit raffinierter Geschicklichkeit hat derselbe es verstanden, große Posten Waare auf Kredit zu erlangen, die der Schwindler dann sofort veräußerte. Ja, selbst das Postamt Nixdorf resp. ein in demselben angestellter Beamter des Fernsprechanlages hat an die Betrügereien des Mannes glauben müssen; für die großartig eingerichteten — natürlich gleichfalls nicht bezahlten — Bureau's Hohenzollernstraße 3 ließ sich K. vor kurzer Zeit Telephon anlegen, deren Anschlußgebühren er natürlich nicht bezahlen konnte oder wollte. Der laudere Patron mußte nun den betreffenden Beamten zu bewegen, die erwähnte Summe für ihn zu verauslagern unter der Vorpiegelung, daß er erst in den nächsten Tagen Geld bei der Reichsbank abheben müsse. — Zwischen wurde dem Industrieritter der Boden denn doch zu heiß unter seinen Füßen, umso mehr, als ihm die Verbüßung einer Strafe von 9 Monaten Gefängnis in Blöhensee wegen Betrugsvorstand; am Mittwoch ist K., der eine beträchtliche Summe bei sich führen durfte, die Erbsparnisse aus seinen Kautionschwindelreien, spracks verschwunden, seine Familie in größtem Gland zurücklassend, was um so bedauerlicher, als die nächsten Verwandten des gewissenlosen Mannes durch dessen Betrügereien an den Bettelstab gebracht sind. Die Polizei nimmt an, daß K. sich in Berlin aufhält und die Recherchen nach dem Hochstapler sind bereits in vollem Gange.

Zu dem Vorfall im Friedrichshain wird weiter gemeldet, daß der Verletzte nicht Hornow, sondern Horau heißt und aus Weidrup bei Meisen gebürtig ist; er hält sich schon seit mehreren Jahren in Berlin auf und hat sich auch wieder obdachlos und arbeitslos umhergetrieben. Er ist wegen Betrugs und Landstreichens bereits mit Arbeitshaus bestraft worden. In der letzten Zeit wurde er vielfach in der Wärmehalle am Alexanderplatz gesehen. Die Verletzungen werden noch dem Gutachten des Arztes im Krankenhaus in einigen Tagen geheilt sein. Der Darstellung Horau's hebt die Polizei ungläubig gegenüber: es ist nicht gut denkbar, daß der kräftige Mann zwischen 12 und 1 Uhr in dem um diese Zeit sehr belebten Friedrichshain hat verschleppt werden können, ohne daß seine Hilferufe gehört worden wären.

Jungen gesucht. Am 30. Januar 1893 kam der Briefträger Rindfleisch vor dem Grundstück Siemensstraße 1-7 so unglücklich zu Falle, daß er an den Folgen des Falles wenige Wochen später verstarb. Die arme Witwe wünscht die Namen des Ehepartners zu erfahren, die den Fall mit angefallen haben, um ihre Schadenersatzansprüche geltend machen zu können. Der Verhörer hat sofort nach dem Fall auf und begab sich nach Hause, die bösen Folgen traten erst später ein. Sein Fall trug er einen Briefträger-Kantel. Die Adressen der Zeugen nimmt die Redaktion gern entgegen.

Schwere Urkundenfälschungen in mindestens vierzig Fällen soll sich der Kaufmann Fuchs in der Veteranenstraße, der in der Markthalle der Dorotheenkasse einen Handel mit Geflügel und Fischen betreibt, haben zu Schulden kommen lassen. Er hat ein hübsches großes Hotel um mindestens 2000 M. dadurch geschädigt, daß er dem Bureau Quittungen über gelieferte Waaren vorlegte, die er gefälscht und mit dem Hotelstempel versehen, während er die Waaren gar nicht geliefert hatte. Zu dem Stempel war er gelangt, indem er den Fernsprecher, in dessen Nähe der Stempel lag, wiederholt benutzte. Er ist verhaftet worden.

Mortiz Krudt, ein Stadtreisender, ist verhaftet worden, weil er im Verdacht steht, sich in Schanklokalen am Platzpieler herangebracht zu haben, anscheinend dem Spiel aufmerksam gefolgt zu sein und den Spielern, wenn sie besonders eifrig waren, die Geldtaschen entwendet zu haben.

Eine Räuberbande in Rinderschuh ist wiederum durch die Charlottenburger Kriminalpolizei aufgehoben worden. Am Dienstag Nachmittag sah der Kriminal-Schulmann Poulz in der Berlinerstraße drei Knaben, die Gebrüder Alex und Stanislaus Obierst, 15 bzw. 12 1/2 Jahre alt, die Potsdamerstr. 5 bei den Eltern wohnen, sowie den 15jährigen Albert Gezanitz, dessen Eltern Magajinstraße 15 wohnen. Beim Publikum des Beamten entflohen alle drei, Stanislaus Obierst wurde aber erwischt und nach der Wache gebracht. Hier stellte sich heraus, daß die Knaben sich zu einer Bande organisiert hatten. Stanislaus O. hatte sich am Neujahrstage aus Traht einen Dietrich gemacht und war hiermit zur Nachtzeit in den Potsdamerstr. 5 belegenen Laden von Dieben eingedrungen, während die Anderen "Schmiere" standen. Er hatte außer verschiedenen Gegenständen sechsundzwanzig Mark daer erbeutet, wofür man ein Tschin kaufte, um bei späteren Uebertragnungen bewaffneten Widerstand leisten zu können. Da der erste Einbruch gescheit war, so brachen die drei Tagelöhner am nächsten Sonntag wieder in denselben Laden ein, nachdem sie den Besitzer mit Familie hatten ausgehen sehen. Sie brangen vom Flur mit Hilfe des Dietrichs in den Laden, zerlegten mit einer Bierflasche die von hier in das Schlafzimmer

führende Glas Thür, fanden aber diesmal kein Geld. Dafür nahmen sie Geld- und Zigarrentaschen, Laubsägen und Messer und was sich sonst bot. — Ferner hat sich herausgestellt, daß die junge Bande auch Zinnoberfäule ausgeführt hat. Welcher Familie Gezanitz angehört, mag daraus entnommen werden, daß sein älterer Bruder wegen Brandstiftung bestraft ist. Die Brüder Obierst entstammen einer achtbaren Familie. Nachdem der Kriminal-Schulmann Poulz, der die beiden ihm entkommenen Knaben nicht gleich greifen konnte, auf der Straße sich hinter einem aufgespannten Regenschirm versteckt gehalten hatte, und so nicht erkannt wurde, konnte er auch die letzten einfangen. Alle drei befinden sich in Haft. Man legt ihnen noch eine Reihe anderer Straftaten zur Last.

Neber einen Leichenfund wird uns aus Fürstenwalde bei Berlin berichtet: Der Bäckermeister Kahlow aus Fürstenwalde, der im dortigen Stadthorn Holz gekauft und im Jahre 91 gelagert hatte, begab sich am 27. v. M. dorthin, um nachzusehen, ob alles in Ordnung sei. Vier Kilometer von der Stadt fand er mitten im Walde in der Richtung nach dem Dorfe Berkenbrück zu, unweit eines Weges, die Leiche eines etwa 30jährigen Mannes mit dunklem Haar und rötlichem Schnurrbart auf. An der rechten Halsseite und im rechten Ohr war je eine Schußwunde wahrnehmbar, deren jede der Annahme nach tödlich war. Unter dem linken Ellenbogen lag ein Revolver, aus dem fünf Schüsse abgefeuert waren. Wenige Schritte von der Leiche entfernt lag ein schwarzer Filzhut, der im Innern die Firma H. Fed er, Berlin, trug. Um den linken Knie des dunkelblauen Winterüberziehers, mit dem der Todte bekleidet war, haften ein Trauerflor. Rock und Weste waren von schwarzem, das Hemd von grauer Farbe. Das Taschentuch hatte das Zeichen H. E. 17. In einer Tasche steckte ein Exemplar der englischen Zeitschrift „The Million“ vom 25. v. M. Die silberne Remontoiruhr hing an einer Haarkette mit goldenen Schiebern. Da die Feststellung der Persönlichkeit bisher nicht gelungen ist, so schwebt über dem Vorgange noch ein räthselhaftes Dunkel. Die hiesige Kriminalpolizei ist um Hilfe bei den Nachforschungen ersucht worden.

Marktpreise in Berlin am 7. März, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,50—16,10 M., mittlerer von 15,00—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,00 M., mittlerer von 12,90—12,70 M., geringerer von 12,60—12,40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—18,30 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,70—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,50 M., geringer von 14,40—13,90 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,50—4,15 M. Heu per 100 Kilogramm von 7—5,20 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speiseerbsen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Hülsen per 100 Kg. von 30,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 5,00—2,80 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weis von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Abends fand ein Droschkenfutcher einen unbekanntem jungen Mann, den er vom Keimergplatz nach dem Hause Stromstr. 37 gefahren hatte, in seiner Droschke mit einer Schußwunde im Kopfe, die er sich während der Fahrt beigebracht hatte, jedoch noch lebend vor und brachte ihn nach dem Krankenhaus Moabit. — Am 7. d. M. Vormittags fiel ein Kautscher vor dem Hause Invalidenstr. 146 vom Hinterrum eines in der Fahrt befindlichen Bierbahnwagens und erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhaus erforderlich wurde. — Nachmittags sprang ein Mädchen aus einem Fenster oder um zweiten Stock des Hauses Potsdamerstr. 48 belegenen Wohnung seiner Dienstherrschaft auf den Hof hinab und erlitt außer einem Schädelbruch mehrere Knochenbrüche. Es wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Vor dem Hause Potsdamerstr. 1 fiel eine Dams von einem Pferdebahnwagen und erlitt eine Verletzung der Hüfte. — Auf dem Potsdamer Außen-Bahnhofe wurde Abends der Bodenarbeiter Scheidekat durch einen Eisenbahnzug überfahren und wurden ihm beide Unterarmen vom Körper getrennt, er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — In der Nacht zum 8. d. M. sprang ein unbekannter, etwa 30jähriger Mann von der Jannowitzbrücke in die Spree und ertrank. — Am 7. d. M. fanden vier Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung stand gestern der Zimmerpolier Fr. Heinrich vor der ersten Strafkammer dieses Landgerichts I. Der Angeklagte befand sich eines Tages auf dem Bahnhofs Gesundbrunnen, als gerade ein Eisenbahnzug, in welchem sich der Kaiser befand, daselbst einen ganz kurzen Aufenthalt hatte. Der Angeklagte nahm diese Gelegenheit wahr, um in einem häßlichen Liebes seiner Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen Ausdruck zu verleihen. Er wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

In achtstündiger Sitzung verhandelte am Dienstag die vierte Strafkammer des Landgerichts I gegen 12 Personen, welche des Verbrechen gegen das leibende Leben beziehungsweise der Anstiftung dazu beschuldigt waren. Die Hauptangeklagte war die unverheiratete Emilie Krupat, neben ihr hatten acht junge Mädchen aus dem Mittelstande und drei junge Leute Platz zu nehmen. Die Krupat hatte durch Annoncen verschleierte Intimität auf ihre verwerfliche Thätigkeit aufmerksam gemacht. Sie hatte früher angegeben, daß ein praktischer Arzt ihr diejenige Anleitung gegeben habe, welche sie in den vorliegenden Fällen zur Anwendung gebracht. Der bezeichnete Arzt ist darauf auch in Untersuchung genommen, aber bald wieder entlassen worden, da er das Haltlose der Bezeichnung nachzuweisen vermochte. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung der Krupat zu fünf Jahren Zuchthaus, einer der jungen Männer wurde freigesprochen, die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis 6 Monaten verurteilt.

Wegen schwerer Kuppelerei verurtheilt gestern die zweite Strafkammer dieses Landgerichts I die Wittwe Auguste Abel zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus. Die Angeklagte hatte ihre Wohnung zum Absteigequartier für Dinen „seinerer“ Art hergegeben und sich nicht geschämt, ihre beiden Töchter selbst zu einem lächerlichen Lebenswandel anzubahnen.

Die Verhandlung, welche gegen den Rechtskonsulenten Karl Josef Gantner wegen Verhülfe zum betrügerischen Bankrott stattfand, dauerte von 9 1/2 Uhr Morgens bis 11 1/2 Uhr Abends. Es handelte sich um eine große „Schiebung“, welche I. J. der Kaufmann Max Weis mit seinem in der Oranienstraße betriebenen Droguen- und Parfümeriegeschäft in Gemeinschaft mit einem Agenten Friedrich Wilhelm Pieper und dem Rechtskonsulenten Gantner zum Nachtheil seiner Gläubiger ausgeführt haben soll. Das Schwurgericht hatte am 21. Oktober a. J. den Weis zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Pieper zu 9 Monaten Gefängnis, Gantner dagegen unter Aufhebung einer vorher gegen ihn erkannten Ge-

fängnisstrafe von 2 1/2 Jahren zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Bezüglich des letzteren hatte Rechtsanwalt Hugo Sachs die Revision eingelegt, welche aus einem eigenartigen Grunde Erfolg hatte. Die den Geschworenen vorgelegte Frage war nämlich bezüglich des Weis richtig dahin formuliert, ob er schuldig sei, als Schuldner, welcher seine Zahlungen eingestellt hat, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen u. c. Bezüglich des Gantner dagegen lautete die Frage nur dahin, ob er schuldig sei, dem Weis zur Begehung des Verbrechens des betrügerischen Bankrotts durch Rath und That wissenschaftlich Hilfe geleistet zu haben. Auf diesen Formulierungen gründete Rechtsanwalt Sachs seine Revision und das Reichsgericht pflichtete ihm bei, indem es ausführte: es genügt nicht, die That, zu der die Verhülfe geleistet sein sollte, mit einem allgemeinen Verbrechen begriff wie „betrügerischer Bankrott“ zu bezeichnen, vielmehr mußte die Frage so gefaßt werden, wie § 293 der Strafprozess-Ordnung vorschreibt. Infolge dessen hatte sich das Schwurgericht in einer überaus anstrengenden Sitzung gestern nochmals mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. In der Verhandlung kam unter anderem zur Sprache, daß während der Untersuchungsphase des Angeklagten ein erwachsener Sohn des Angeklagten sich aus Gram erschossen hat, ein anderer in geistige Ummachung verfallen ist. Die neue Verhandlung hatte für den Angeklagten ein wesentlich günstigeres Resultat. Auf Antrag des Verteidigers bewilligte ihm diesmal die Geschworenen mildernde Umstände und der Gerichtshof erkannte zusätzlich zu der alten Gefängnisstrafe auf 1 Jahr Gefängnis.

Eine Anklage wegen Urkundenfälschung, welche kürzlich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, richtete sich gegen den Jahnteamiker Victor Ehrenberg. Derselbe hat eine hiesige Fabrik jahnteamiger Journaturen in recht raffinierter Weise geschädigt. Eines Tages wurde dem betreffenden Fabrikgeschäft von einem demselben bekannten Kunden per Telephon gemeldet, daß einem in kurzer Zeit erscheinenden Dienstmann ein größeres Sortiment von jahnteamigen Bedarfsartikeln, theilweise in Gold, für Rechnung des Kunden ausgeantwortet werden möge. Der Dienstmann erschien dann auch und da er eine Bisttentarte des betr. Kunden überreichte, auf welcher der Wunsch wiederholt war, so nahm der Vertreter des Geschäfts seinen Anstand, die verlangten Waaren zu verabfolgen. Der Vorgang wiederholte sich noch einmal auf grund eines angeblich von dem Kunden ausgeertigten Briefes. Die Sache kam der betr. Handlung schließlich aber doch verdächtig vor, sie fragte bei dem betreffenden Herrn an und erfuhr, daß dieser von solchen Bestellungen absolut nichts wußte, als dann zum dritten Male ein Dienstmann erschien, wurde ihm ein Angestellter des Geschäfts nachgeschickt, und da ergab sich denn, daß der Angeklagte der Empfänger der Waaren war. Er hatte seine Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse und eine zufällig in seinen Besitz gelangte Bisttentarte dazu benutzt, um den betrügerischen Streich auszuführen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis.

Im Falle des Widerspruchs gegen ein Strafmandat ist das Gericht nicht an die im Strafbefehl ausgesprochenen Strafe gebunden, sondern zu einer Schärfung derselben berechtigt. Auf diese strafprozessliche Bestimmung kann nicht häufig genug hingewiesen werden, da fast in jeder Sitzung des Schöffengerichts solche Strafverschärfungen, manchmal sogar höchst unangenehmer Natur, vorkommen. Zu Ruh und frommen etwa Betheiliger berichten wir in Kürze über einen dergleichen Straffall. Der Buchhalter Hugo Michaelis hat nach der Bestimmung einwandstreiter Zeugen am Abend des 15. Dezember v. J. in der Klosterstraße kurz hinter einander je eine ihm entgegenkommende Dame angerempelt. Der eine Zeuge dieser Ausbreitung ließ den Mann durch einen Schutzmann zur Wache bringen, wo sich derselbe als Buchhalter Hugo Michaelis legitimirte. Die Polizeibehörde sah den Fall ziemlich milde an und legte dem Bescheidbetreter durch Mandat eine Geldstrafe von 10 M., der im Unvermögensfall 2 Tage Haft zu substituieren sind, auf. Anstatt diesen Betrag ruhig zu bezahlen und zujubeln zu sein, so gnädig davon gekommen zu sein, erhob v. Michaelis Widerspruch, hielt es aber nicht einmal der Mühe für werth, in dem vor der 14. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts anberaumten Termin zu erscheinen und etwaige Entschuldigungsgründe vorzubringen. Auf den Antrag des Staatsanwalts wurde in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt und demselben noch der konstanten Praxis des Gerichtshofes für den gegen zwei fremde Damen verübten Gggh eine Haftstrafe von einer Woche auferlegt.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Filzschuharbeiter! Der Streik in der Fabrik von Landsberg, Barnimstr. 22, dauert unverändert fort. Streikbrecher haben sich bis jetzt außer einem Stepper, dessen Konkurrenz aber nicht zu fürchten ist, nicht gefunden. Die Streikenden sind zum Ausdauern fest entschlossen und erwarten, daß nach wie vor der Zuzug strengstens ferngehalten wird.

Die Bohntommission der Filzschuharbeiter Berlins.

Achtung, Fingler und Strüzer. Wegen Bohndifferenzen ist in der Sieberei von Wehni u. Brösel, Stalitzerstraße 104, die Arbeit eingestellt worden. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. Max Schulz, Waldemarstr. 4, 1.

Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Drechler und Verlagsgenossen Berlins.

Laut Beschluß der Versammlung vom 3. Februar d. J. wurde das Bureau beauftragt, in nächster Zeit im Centrum der Stadt eine Versammlung mit gleichlautender Tagesordnung einuberufen. Mitglieder! Der rege Besuch obengenannter Versammlung hat den Beweis erbracht, daß Ihr mit dem Vorgehen eines Theils der Delegirten einverstanden seid. Eure Pflicht ist es nun, auf dem einmal betretenen Weg weiter zu schreiten und diejenigen aus dem Schloße zu rütteln, nach deren Meinung die Einführung der freien Arztwahl alles andere, nur nicht eine schnellere und sorgsamere Heilung der Mitglieder bewirken könne. Laßt Euch nicht beirren durch den Einwand unserer Gegner, daß die Vorbeile nur den Ärzten zu gute kommen, sondern agitirt für zahlreichen und pünktlichen Besuch zu der am Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 Uhr, in den Freisälen des Industriegebäudes, Wehni-straße 20, stattfindenden öffentlichen Mitgliederversammlung, die folgende Tagesordnung hat: 1. Die freie Arztwahl. 2. Bericht Dr. Mugdan. 3. Diskussion. 4. Beschlüsse. — Legitimation ist nicht erforderlich.

Die Beauftragten. J. H.: Carl Doh, Wehni-Str. 20. Reichzeitig ersucht ich den Vertheilungsarbeiter Hermann Reibedanz nochmals um sofortige Einfindung seiner genauen Adresse. D. O.

Achtung! Arbeiter und Parteigenossen! Seit dem 28. Januar d. J. befinden sich die Feilendauer von Linden, Gannover im Aushand. Um ihnen von Sieg zu verweisen, legten am 18. Februar auch die Schleifer die Arbeit nieder. Da feinerliche Arbeitsforderung gestellt wird, sondern nur der bisherige 9 stündige Arbeitstag hochgehalten werden soll, so hoffen wir auf baldigen Sieg. Es haben bis jetzt vier Verhandlungen mit den Meistern

Wahlkampf, aber zu keinem Resultat geführt; beide Parteien **Wahlkampf** mit großer Ausdauer. Wie wir nun erfahren, sollen sich die Heilensauermeister von Linden-Hannover auch nach anderen Orten und an den Unternehmern-Arbeitsnachweis in Berlin gewandt haben, um Heilensauer und Schleifer zu bekommen. Wir erlauben nun die gesammte deutsche Arbeiterschaft, uns in diesem ausgedehnten Kampf zu unterstützen und den Bezug von Heilensauern und Schleifern streng fern zu halten. — Alle Briefe und Sendungen sind an unseren Vertrauensmann **Hugo Witten**, Linden-Hannover, Eimerstr. 81, zu richten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In der Wehrensche Holzwerkzeugfabrik in Braunschweig haben am 8. Februar die Holzdreher die Arbeit einstellen müssen, weil es ihnen absolut unmöglich war, noch länger bei den miserablen Löhnen, die Herr Wehrenschen zahlte, ihr Leben zu fristen und ihre Arbeitskraft zu erhalten. Der Fabrikant hat sich bisher noch nicht herbeigelassen, eine Lohnaufbesserung zu gewähren, doch sind die Streikenden bis auf einen schon anderweitig untergebracht. Sämtliche Holzdreher werden deshalb ersucht, die genannte Werkstätte Braunschweig als geheimes Versteck zu betrachten. — Die Arbeiter (Lithographen, Steinbrücker, Buchdrucker und Buchbinder) der Firma **Fr. Lohmann** in Hildesheim eruchen um Fernhaltung jeglichen Zugangs nach dort. Man will die Arbeiter zwingen, der mit der Fabrik-Krankenkasse verbundenen Invalidenkasse beizutreten, unter Zahlung von 4 M. Einrichtungsbeitrag. Selbstverständlich weigern sich die Betroffenen (88 des Krankenversicherungs-Gesetzes), diesem Zwange Folge zu leisten und haben beim Leiden dieser Stellen wahrscheinlich schon die Arbeit niedergelegt. Die Generalkommission.

In Mannheim haben die Bodische Brauerei und die Brauerei Eichbaum, über welche von einer Volksversammlung der Boykott verhängt worden war, die Forderungen der Brauereigehilfen bewilligt.

Ueber die Zahl der Streiks in Oesterreich theilte der Handelsminister **Macquhain** im österreichischen Abgeordnetenhaus mit, daß diese im Jahre 1891 104 betragen habe. Betroffen wurden von ihnen am meisten Niederösterreich, Böhmen und Mähren; in Salzburg, Schleien und Palmonien kamen keine Streiks vor. Die Zahl der am Streik beteiligten Arbeiter betrug 14 000, der Verlust an Arbeitstagen 247 000. In 19 Fällen wurden die Forderungen der Streikenden gänzlich, in 29 theilweise und in 54 Fällen gar nicht bewilligt. Mit Ausnahme des Bergbaues bezieht sich diese Statistik auf alle Gewerbe.

Internationaler Schuhmacherkongress.
Provisorische Tagesordnung; 1. Landesberichte. 2. Gründung eines internationalen Sekretariats. 3. Statistik. 4. Regelung des Unterhaltungswesens. 5. Regelung des Arbeitsnachweises und Herbergswesens. 6. Stellungnahme bei Streiks. 7. Fachpresse. 8. Einführung einer Normal-Arbeitszeit und Abschaffung der Stückerarbeit. 9. Die Frauenarbeit in unserer Industrie. 10. Bessere Verbindung der Hand- und Fabrikarbeiter. 11. Herausgabe eines Adressenverzeichnisses sämtlicher Berufs-Organisationen.

Brüder und Genossen aller Nationen! Wir bitten Sie, zu obiger provisorischen Tagesordnung Stellung zu nehmen, und die Anträge zur ordentlichen Tagesordnung sobald wie möglich einzusenden, damit wir diese rechtzeitig feststellen und veröffentlicht werden können. Im fernern theilen wir Ihnen mit, daß auch die amerikanischen Kollegen den Kongress begrüßen und sich bereit erklärt haben, nach besten Kräften für denselben einzustehen. Mit kollegialem Gruß:

Das internationale Schuhmacherkongress-Komitee.
Alle Korrespondenzen sind zu senden an **S. Schönbacher**, Zwillingstraße 22, Zürich III.
Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Kongress der Porzellanarbeiter Böhmens, der am 12. und 13. Februar in Eger stattfand und über den bereits kurz berichtet worden ist, faßte eine für den Gang der Arbeiterbewegung besonders bemerkenswerthe Resolution, die im Auszuge lautet: „Die alten Unterstützungvereine waren seiner Zeit den Verhältnissen und den Interessen der Porzellanarbeiter entsprechend, da die Lebensbedingungen, die gegenwärtig existiren, noch nicht vorhanden waren, weil die Arbeitskraft der gelernten Arbeiter den Unternehmern unentgeltlich war und infolge von Mangel an genügenden Ersatzkräften entsprechend bezahlt werden mußte. Seitdem jedoch die verbesserten Erzeugungsmethoden einerseits, die Hilfsarbeiter und Gehilfen andererseits dazu benützt werden, die Lebensbedingung der gelernten Arbeiter herabzubringen, sind letztere vor die Wahl gestellt: Entweder eine Vereinigung zu schaffen, die sie zu wirtschaftlichem Gedeihen mit den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen zusammenschließt und so vor der gestiegenen Ausbeutung schützt, oder sich zum ärmsten Proletariat herabdrücken zu lassen. Demnach beschließt der Kongress: Die nach den alten Verhältnissen eingerichteten Unterstützungsverbände sind auszulösen und dafür ein Verband der Porzellanarbeiter Böhmens zu gründen, welcher dem System der Gewerkschaftsorganisation der Neuzeit in jeder Hinsicht entspricht. Da ein solcher Verband für das Königreich Böhmen bereits besteht, ist in allen Industriestädten dafür Sorge zu tragen, daß die Kollegen diesem Verbands beitreten und Ortsgruppen gegründet werden können.“

Der „Reichsbote“ polemisiert dagegen, daß der National-Erziehungsrath in Chicago dem Breslauer Augenarzt Professor **Dr. Hermann Cohn** die Ehrenbürgerbürgerschaft des während der Weltausstellung stattfindenden pädagogischen Weltkongresses angeboten hat. Das Südblatt meint, in pädagogischer Beziehung habe es von Verdiensten Cohn's noch nie etwas gehört und von dessen statistischer Sammelthätigkeit sei allezeit viel Geschrei gemacht worden, während sie wissenschaftlich keineswegs hoch gestanden habe und praktisch ziemlich einflusslos geblieben sei, „weil der Bau der Schulen nach von anderen Rücksichten abhängig und abhängt, als allein von den Augen der Schüler.“ Wenn der Kongress seine Leute weiter so auswuche, werde er in pädagogischen Kreisen nicht viel Ansehen erwerben. — Wenn die um Stöcker dem hochverdienten jüdischen Arzte neidisch ihre Anerkennung verweigern, so wird er sich durch die Sympathien der Arbeiterschaft, die er seit langen Jahren geniesst, sicherlich ausreichen entschädigt fühlen, und die Amerikaner werden auf die Zustimmung der pädagogischen Kreise Stöcker's um so lieber verzichten, als die brutale Bemerkung des Südblattes, der Bau der Schulen hinge noch von anderen Rücksichten ab, als allein von den Augen der Schüler, so genügend erkennen läßt, wie es um die „Pädagogik“ der Stöcker'schen bestellt ist.

Noblesse oblige (Adel verpflichtet). Nicht bloß in Mecklenburg blüht der hochherzige Sinn des Grafen **Hahn**, auch in Ostpreußen treibt er Sympathien. Der Graf zu Dohna hat seinem Futtermeister dem Ruitzer **S. Borrmann** aus Schlobien, der der Familie dieses Herrn 50 Jahre lang treu gedient hat, die Photographien sämtlicher Familienmitglieder, „noch ein anderes namhaftes Geschenk“ gesendet und ihn zum „gütlichen Stallmeister“ ernannt. Es ist über diesen Akt auch eine „Urkunde“ ausgefertigt worden, die folgenden Wortlaut hat: „In dankbarer Anerkennung der treuen Dienste, die der Futtermeister **S. Borrmann** während eines halben Jahrhunderts, über siebenundvierzig Jahre meinem seligen in Gott ruhenden Herrn Vater, dem Obermarschall des Königreichs Preußen, Burggrafen und Grafen **Karl Ludwig Alexander Erdmann** zu Dohna-Schlobien, und danach drei Jahre mit geleistet hat, bestimme ich, daß derselbe fortan den Titel „Gütlicher Stallmeister“ den ich ihm am heutigen Tage, sei es fünfzigjährigen Jubiläum, belege, führen soll. Ferner erhält er nunmehrige Stallmeister **Gottfried**

Borrmann eine persönliche, lebenslängliche Zulage von 20 Mark, geschrieben zwanzig Mark, die ihm am 1. März eines jeden Jahres von mir persönlich ausbezahlt werden wird. Indem ich dieses meinem nunmehrigen Stallmeister **Gottfried Borrmann** kund thue, wünsche ich von ganzem Herzen, daß selbiger noch lange Jahre in alter gewohnter Rüstigkeit seinem Dienste nachgehen möge. Schlobien, den 1. März 1893. **Adolf Christoph Rudolf, Burggraf zu Dohna-Schlobien, Rittmeister a. D., Königl. Kammerherr, erbliches Mitglied des Herrenhauses, Fideikommissbesitzer aus Schlobien und Garwinde.** Wenn der Herr Graf nur seine verschwenderische Großmuth nicht zu bereuen hat, zwanzig Mark pro Jahr sind doch ein reiches Kapital. Wäge der so Beglückte nie vergessen, die Großmuth mit unterthänigstem Dank zu lohnen; Undank würde den Herrn Grafen berechtigen, seine Schenkung zu widerrufen.

Aus den sächsischen Grubenbezirken wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben. Der Bergbau in Altenberg, der sich namentlich mit der Gewinnung von Zinn und Eisenerzen beschäftigt, befindet sich seit einiger Zeit in so schlechter Lage, daß etwa 100 Arbeiter am 15. März entlassen werden sollen. Es handelt sich meistens um Familienväter, deren Löhne stets so gering waren, daß an Ersparnisse nicht gedacht werden konnte. Sollte unter diesen Leuten ein Nothstand eintreten, so wird man öffentliche Mittel zur Verfügung stellen. Insgesamt werden in den Altenberger Gruben etwa 500 Arbeiter beschäftigt.

Deutsche und russische Justiz. Aus dem Saarkoblenzer wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Harte Strafen verbänden die Gerichte jetzt gegen die Personen, die während des letzten Streiks als Medner aufgetreten sind und die Bezüge direkt oder indirekt zum Streiken ermuntert haben, ohne ihnen anzuathen, vorher zu kündigen. Es seien die sächsischen Richter hinter Salos und Riegel und im Laufe der nächsten Monate wird der Bergarbeiter-Verband von Neulingen in der Bewegung geleitet werden müssen. Wenn man erwägt, daß Bunte zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt ist, ebenso Gollmann in Essen zu einer gleich hohen Strafe, so fällt das um so mehr ins Gewicht, als diese beiden Männer noch keine Vorkasse erlitten haben und daß sie, was sogar von der Staatsanwaltschaft anerkannt wird, im Großen und Ganzen sehr gemüthig gemeint sind. Wie schwer auch die kleinsten Vergehen bestraft werden, ergab eine Verhandlung vor der Strafkammer in Dortmund gegen einen jugendlichen Bergmann von Beche Kaiserstuhl. Er befand sich in der Wäscheklaus, in der die Belegschaft versammelt war, unerschlossen, ob sie anfahren sollte oder nicht. Junge Burschen umstanden die Thür und machten es den Arbeitwilligen schwer, hinauszukommen, um die Arbeit aufzunehmen. Der Angeklagte hat einmal gerufen: Thür zu! Hierin fand die Strafkammer die Merkmale der Röhigkeit, weil er mit den übrigen jungen Burschen zusammengewirkt habe, Leute von der Anfahrt zurückzuhalten. Die Strafe lautete auf drei Monate Gefängnis. Die Vertheidiger in den Streikfällen werden gegen die Erkenntnisse Revision einlegen, so daß auch das Reichsgericht sich mit den Klagen zu befassen haben wird.

Weiter meldet dasselbe Blatt aus Warschau: Ein junges Mädchen, Namens **Alexandria Wlonski**, ist von einem Warschauer Gerichte zu neunundeinhalb Jahren Stralarbeit in den Minen und nach Verlauf dieses Zeitraums zu lebenslänglicher Verbannung in Sibirien verurtheilt worden. Die 22 Jahre alte Dame war angeheiratet, in einer Familie, in welcher sie als Gouvernante angestellt war, einige hundert Rubel gestohlen und die ihr anvertrauten Kinder verdorben zu haben. Bei der Verhandlung erging sich das junge Mädchen in heftigen Angriffen gegen den Richter und wurde dafür mit schwerer Strafe belegt. Aus Verweisung — wohl eine Folge der Einzelhaft — suchte sie Feuer aus Gefängnis zu legen, um während der hierdurch hervorgerufenen Verwirrung zu entfliehen. Der Versuch mißlang und die Folge war die oben erwähnte Strafe. — Dem „Daily Chronicle“ zufolge befindet sich eine andere junge Gouvernante, Namens **Tschonowetsch**, in den Kasmischen der Peter Pauls-Festung in Petersburg. Dieselbe wird beschuldigt, eine Nihilistin zu sein, weil sie in ihrem Tagebuche revolutionären Gedanken Ausdruck gegeben haben soll.

Die Urtheile der russischen Richter sind entsetzlich. Unter Verächlichkeit des weit höheren Grades, den die deutsche Kultur vor der des Jarenreiches voraus hat, meinen wir aber, daß die westfälischen Urtheile kaum minder hart lauten als die russischen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 7. März eine Versammlung ab, in der Genosse **Köster** über die Pariser Kommune von 1871 einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Nach Beendigung desselben wählte die Versammlung die Genossen **Otto, Bogarew** und **Bojke** zu Revisoren für die Abrechnung dieses Quartals. Der Vorsitzende machte sodann auf daß am 1. Osterfesttag im Lokal **Rödnigstank** stattfindende Familienfest aufmerksam und ersuchte um rege Theilnahme an demselben. Genosse **Petric** theilte mit, daß der Verein Berliner Hausdiener, der vorgebe, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen, sich durch seinen Vorstand unter Mitführung des Banners bei Vergnügungen indifferenter Vereine, die in gesperrten Lokalen abgehalten worden seien, vertreten lassen habe. Begegnend für den Verein Berliner Hausdiener sei, daß derselbe am 18. März in den Konfordia-Besälen einen **Massenball** abhalte. Selbstverständlich werde kein Genosse diesen Gedanken des Vorstandes durch Theilnahme an einem derartigen Vergnügen entweichen. Nachdem bekannt gegeben war, daß der 18. März im Lokal **Rödnigstank** und im **Cygnus** von den Genossen des 4. Wahlkreises gefeiert wird, forderte Genosse **Köster** zur fleißigen Lektüre der sozialistischen Literatur auf. Hierauf beklagten sich einige auf dem Viehhof beschäftigte Genossen, daß durch Vertagung des Marktes vom Sonntag auf Montag auf den Mittwoch und Sonnabend den dortigen Arbeitern bedeutende Nachteile erwachsen seien. Von einer Sonntagstrube könne man gar nicht mehr reden, sie müßten jetzt an Sonntagen angestrengter als früher arbeiten. Ihre Arbeitszeit an Wochentagen betrage 14 Stunden mit Pausen von insgesamt 1 1/2 Stunde. Zum Schluß ersuchte **Wöhler** alle Genossen, welche Anträge oder Vorschläge zu der auch in ihrem Wahlverein geplanten Schriftvertheilung vorbringen wollen, dieses in der nächsten Vorstandssitzung zu thun, welche am 14. März bei **Ulrich, Brangelstraße 64**, stattfindet. In einer Generalversammlung soll dann darüber beschloffen werden.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am 7. d. M. **Abg. Förster** über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die vortrefflichen Darlegungen des Redners wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Dem allgemeinen Wunsch entsprechend erklärte sich Genosse **Förster** bereit, denselben Vortrag in allen Bezirken des Wahlkreises in entsprechenden Abständen zu halten, um ihn möglichst weiten Kreisen der Parteigenossen zugänglich zu machen. Laut Beschluß der Versammlung wurde die frühere Zahlstelle **Alt-Neubitt 87** nach **Calvinstr. 1** verlegt. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, die Niederlegung eines Kranzes auf den Gräbern der Märzgefallenen am 18. März zu veranlassen. Da Genosse **Carlmann** inhaftirt ist und Genosse **Hennicke** Berlin verlassen hat, so wurde Genosse **Spene** zum Schriftführer gewählt.

Hierauf schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Eine öffentliche Versammlung der polnischen Sozialisten fand am Sonntag Nachmittag statt. In einem Vortrage über die Militärvorlage wies der Redner, Genosse **Werski**, nachdem er die Schäden des Militarismus im allgemeinen treffend charakterisirt hatte, auf die zweifelhaftige Stellung hin, die die Jantrumpartei und mehr noch ihre Anhänger, die Polen, in dieser Frage einnehmen. Entschieden wandte sich der Redner gegen die in der Kommission von dem **Abg. V. Komierowski** ausgesprochene Verdächtigung, daß die polnische Bevölkerung mit der Militärvorlage sympathisire. Am Schluß des Vortrags fand eine Resolution Annahme, in der die Versammlung einen entschiedenen Protest gegen die Aeußerungen des erwähnten Abgeordneten einlegte. Sodann ernannte der Genosse **Werski** den Bericht der Press- und Agitationskommission. Redner führte an, daß trotz aller Verfolgungen, welcher die Agitatoren besonders in Oberschlesien ausgeht sind, der Sozialismus ständig neue Anhänger unter der polnischen Bevölkerung gewinnt. Auch die zunehmende Verbreitung der „Gazeta Robotnicza“ lege Zeugniß dafür ab, daß es auch in Polen Licht werde. An der lebhaften Diskussion, die dem Berichte folgte, beteiligten sich die Genossen **Markowski, Werski, Kempowski, Morawski, Goszinski** und andere. Hierauf wurden die Genossen **Werski, Maciejewski, Tziel, Werski** und **Helmig** auf ein Jahr zu Mitgliedern der Press- und Agitationskommission gewählt. Genosse **Werski** machte noch auf **Kawczycki** aufmerksam, der wegen des bringenden Berichts, Spitzeldienste zu leisten, aus der Partei ausgeschlossen worden ist. (Siehe auch den Leiter in Nr. 57 des „Vorwärts“). D. Red.) Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde sodann die auch von Damen zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung der Mechaniker, Optiker etc., die am 1. März tagte, erstattete der Vertrauensmann **Ziegler** Bericht über seine bisherige Thätigkeit und todelte im Anschluß daran, daß sich verschiedene Verhältnisse immer noch nicht gemüthig gesehen haben, Vertrauensleute zu entsenden. Bedauerlich sei es ebenfalls, daß manche Kollegen trotz wiederholter Aufforderung noch mit der Ablieferung der Gelder im Rückstande wären. Die Versammlung müsse erwägen, ob gegen die Betreffenden nicht vorzugehen sei. Der Vertrauensmann legte nach erfolgter Berichterstattung sein Amt nieder, wurde jedoch von der Versammlung einstimmig wieder gewählt. Nach Erledigung der Angelegenheit **Pritelich** contra **Röschel** wurde die Organisationsfrage erörtert und sodann die Versammlung geschlossen.

In der Wanderversammlung des Verbandes der Geschäftsdienner, Packer und verwandter Berufsgenossen, die am 1. d. M. stattfand, erstatteten die Kollegen **Grauer** und **Platz** Bericht über die Verhandlungen der in der letzten öffentlichen Versammlung gewählten Deputation mit dem Deputierten des Polizeipräsidenten, Regierungsraths **Messerschmidt**. Das Resultat dieser Verhandlungen ist, daß der Regierungsrath die Erklärung abgab, es könne für Berlin von einer Verlängerung der Sonntagsarbeit unter allen Umständen keine Rede sein. Ferner gab derselbe seiner Verwunderung über die Mittheilung des Kollegen **Grauer** Ausdruck, daß in den meisten Geschäften vor wie nach während der geschäftsmäßigen Ruhezeit gearbeitet werde. Der Beamte meinte, daß dies unmöglich sei, da die Handlungsgestellten sich die Verlärmung ihrer Rechte nicht gefallen lassen würden. Grauer wies ihn jedoch darauf hin, daß die Angestellten dazu außer Stande wären, weil sie durch die Anzeige solcher Fälle sofort ihrer Stellen verlustig gehen würden. Herr **Messerschmidt** versprach darauf, gegen jede derartige Gesetzesverletzung, sobald sie zu seiner Kenntniß gelange, energisch einzuschreiten. Die Genossen **Grauer** und **Platz** forderten deshalb am Schluß ihres Berichts die Versammlung auf, recht rege zu agitiren und alle Fälle von Umgehungen der Sonntagsruhe unverzüglich dem Kollegen **Seegedrecht, Posenerstr. 11**, zu melden, um so dem Regierungsrath den Beweis von dem Bestehen dieser Ungehörigkeiten bringen zu können. In der sehr regen Diskussion wurden zunächst eine ganze Reihe von Firmen namhaft gemacht, die ihr Personal auch während der geschäftlichen Ruhezeit arbeiten lassen. Diese Mittheilungen wurden dem Kollegen **Seegedrecht** übergeben, um sie nach genauen Recherchen dem Polizeipräsidenten zu übermitteln. Grauer forderte sodann zur Organisation und Agitation und ferner, da die Stellenlosigkeit jetzt eine ganz enorme sei, zur Meldung von etwaigen vakanten Stellen auf. Zieh theilte der Versammlung mit, daß bei der Firma **Hermann Gerson** 60 Hausdiener entlassen, dafür aber 15 Soldaten eingestellt seien; hiergegen müsse ganz energisch eingeschritten werden. Ferner wurde die Handlungsweise des Inhabers der Firma **Leonhard Sprick, Landwehrstraße** (diese Firma suchte für 15 M. Wochenlohn einem mit allen möglichen guten Eigenschaften begabten Hausdiener und verlangte zur größeren Sicherheit von demselben zu allem Uebrigen noch 150 M. Kaution gestellt), einer scharfen Kritik unterzogen. Nachdem dann noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Die **Hilfschuharbeiter** hatten in ihrer Versammlung vom 5. März die Streikfrage bei **Landsberger** auf der Tagesordnung. Den zahlreich erschienenen entrollte einer der Kollegen ein trübendes Bild von den Verhältnissen in der Hilfschuhbranche im Allgemeinen, und speziell von den Zuständen bei genannter Firma. Nach Ausführungen des Redners handelte es sich darum, die seit Jahresfrist gemachten direkten und indirekten Lohnabzüge wieder zurück zu erobern. Hierzu habe man die minimalen, durchaus gerechtfertigten Forderungen gestellt, 30 pCt. Lohnaufschlag, Lieferung aller der kleinen Zuthaten und 8tündige Arbeitszeit. Der Kollege **Heine** berichtete hierauf, daß der Fabrikant jede Unterhandlung mit der dazu beauftragten Kommission kurzweg abgewiesen habe. Ergänzend fügte **Wiemers** hinzu, daß ebenfalls die 8tündige Arbeitszeit bewilligt werde. Einstimmige Annahme fand nach längerer Diskussion folgende Resolution: „Die heutige öffentliche Versammlung der in der Hilfschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins spricht dem Vorgehen der Arbeiter in der Landsberger'schen Fabrik ihre Anerkennung aus, sie verpflichtet, sie mit allen Mitteln zu unterstützen, und fordert alle Hilfschuharbeiter auf, die Fabrik zu meiden, bis die Arbeiter den Sieg errungen haben.“

Die **Hausarbeiter** (Kleinmeister) der Pelzwaaren-Branche waren ebenfalls am 6. März versammelt, um zu beraten, in welcher Weise sie die günstige Konjunktur der andrehenden Saison ausnützen könnten. Die Kollege **Wertins** betonte, sind trotz der für die Pelzwaaren-Branche im Allgemeinen günstigen Umstände in den letzten Jahren die Löhne stark zu steigen zum Theil noch weiter zurückgegangen. Würde die gegenwärtige Bewegung der Gehilfen auch von den Hausarbeitern theilhaftig unterstützt, so sei nicht daran zu zweifeln, daß es gelingen werde, den Ausbeutungsgelüsten der Fabrikanten endlich ein Halt zu gebieten. Nach erfolgter Diskussion, in der vor allem zum Anschluß an die Organisation aufgefordert wurde, beschloß die Versammlung, zur Veranlassung der weiteren Schritte in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung aller selbständigen Interessenten der Kürschnerbranche einzuberufen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Fingergleher und Stürzer hielt am 28. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Derselbe beschloß, die künftigen Jaher an ihre Pflicht zu erinnern und sie zu einer am 14. März stattfindenden Generalversammlung einzuladen. Ferner erledigte die Versammlung noch einige Vereinsangelegenheiten und beschloß am 18. März einen Kranz auf die Gräber der Märzgefallenen niederzuliegen.

